

Jahres- abschluss 2025

Inhaltsverzeichnis

01

Lagebericht 2025

- 7 I. Geschäft und Rahmenbedingungen
- 11 II. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
- 14 III. Wirtschaftliche Lage
- 19 IV. Anteil von Frauen im Vorstand, in den Leitungsebenen 1 und 2, im Aufsichtsrat und Kuratorium
- 20 V. Ausblick

03

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

- 45 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 49 Impressum

02

Jahresabschluss 2025

- 26 Bilanz zum 31. Dezember 2025
- 28 Gewinn- und Verlustrechnung
- 29 Anhang für das Geschäftsjahr 2025
- 29 Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung
- 29 Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- 31 Erläuterungen zur Bilanz
- 36 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
- 39 Sonstige Angaben
- 40 Angaben zum Aufsichtsrat und zum Vorstand
- 42 Entsprechenserklärung von Aufsichtsrat und Vorstand
- 43 Anlage zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2025

Bericht des Aufsichtsrats an die Gesellschafterin für das Geschäftsjahr 2025 gemäß § 17.4 Gesellschaftsvertrag

Sitzungen

Der Aufsichtsrat der GIZ kam im Jahr 2025 zu vier ordentlichen Sitzungen zusammen.

Der Prüfungsausschuss hielt im Jahr 2025 zwei Sitzungen ab.

Der Ständige Ausschuss sowie der Eilausschuss tagten im Jahr 2025 nicht.

Personalia

Im Berichtsjahr 2025 gab es folgende personelle Veränderungen im Aufsichtsrat:

Aufseiten der Arbeitnehmervertretung wurde im Geschäftsjahr 2025 Frau Sandra Fuhr am 1. Januar 2025 neu in den Aufsichtsrat berufen. Sie folgte auf Harald Küppers, der am 31. Dezember 2024 ausgeschieden war.

Aufseiten der Anteilseignervertretung gab es im Geschäftsjahr 2025 folgende Änderungen:

Folgende Aufsichtsratsmandate wurden beendet:

Felix Banaszak zum 3. Januar 2025
Susanne Baumann zum 4. Juni 2025
Bettina Hagedorn zum 10. Juli 2025
Anja Hajduk zum 2. September 2025
Michael Hinterdobler zum 14. Februar 2025
Stephanie Jacobs zum 21. November 2025
Carsten Körber zum 2. September 2025
Ricarda Lang zum 2. September 2025
Claudia Raffelhüschen zum 2. September 2025
Dr. Christiane Rohleder zum 4. Juni 2025
Steffen Saebisch zum 11. Juni 2025

Folgende Mitglieder wurden neu in den Aufsichtsrat berufen:

Niels Annen zum 4. Juni 2025
Dr. Inge Gräßle zum 2. September 2025
Stephanie Jacobs zum 25. Februar 2025 (beendet zum 21. November 2025)
Dr. Bernhard Kotsch zum 4. Juni 2025
Ricarda Lang zum 4. Februar 2025 (beendet zum 2. September 2025)
Siemtje Möller zum 2. September 2025
Jeanette Schwamberger zum 11. Juni 2025
Dr. Thomas Steffen zum 2. September 2025
Dr. Wolfgang Stefinger zum 2. September 2025
Katrin Uhlig zum 2. September 2025

Herr Jochen Flasbarth legte in der 51. Sitzung vom 20. Juni 2025 sein Amt als Vorsitzender des Aufsichtsrats nieder und ist seither als reguläres Mitglied des Aufsichtsrats tätig. Herr Niels Annen übernahm mit Beschluss des Aufsichtsrats in der gleichen Sitzung den Vorsitz des Aufsichtsrats. Er ist ebenfalls Mitglied und Vorsitzender im Ständigen Ausschuss und im Eilausschuss.

In der 52. Sitzung des Aufsichtsrats vom 23. September 2025 wurden auch die drei Ausschüsse des Aufsichtsrats aufseiten der Anteilseignervertretung wie folgt neu besetzt:

- Als Mitglied des Ständigen Ausschusses wurde Herr Dr. Wolfgang Stefinger gewählt.
- Als Mitglieder des Prüfungsausschusses wurden Frau Jeanette Schwamberger, Frau Dr. Inge Gräßle und Frau Siemtje Möller gewählt. Frau Jeanette Schwamberger wurde zur Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gewählt.
- Als Mitglied des Eilausschusses wurde Herr Dr. Bernhard Kotsch gewählt.

Beratung und Überwachung des Vorstands

Die Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand erfolgte auch im Berichtsjahr 2025 auf einer vertrauensvollen Basis. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat laufend über die Geschäftspolitik sowie den Gang der Geschäfte der Gesellschaft. Der Aufsichtsrat konnte im Rahmen seiner Sitzungen auf dieser Grundlage seiner Beratungs- und Überwachungsfunktion gegenüber dem Vorstand gerecht werden. Er war in die für das Unternehmen wichtigen Entscheidungen einbezogen, hat den Vorstand in zentralen Fragestellungen beraten und nach eingehender Prüfung entsprechende Zustimmungen erteilt. Folgende Themen sind dabei besonders hervorzuheben:

- Der Aufsichtsrat stimmte der Finanz-, Investitions- und Personalplanung der GIZ für das Jahr 2026 im Dezember 2025 zu. Wie schon für die Jahre 2024 und 2025 rechnet die GIZ auch für das Geschäftsjahr 2026 mit einem rückläufigen Geschäftsvolumen.
- Der Aufsichtsrat stimmte dem Abschluss eines Vertrages zur Beschaffung von Reisebürodienstleistungen für die Innen- und Außenstruktur der GIZ zu.
- Der Aufsichtsrat stimmte unter Erweiterung des Beschlusses des Aufsichtsrats vom 7. Dezember 2023 dem Abschluss von Verträgen für Sicherheitsdienstleistungen inkl. Revier- und Streifendienst an den Standorten Bonn, Bonn-Röttgen, Eschborn, Berlin zu.
- Der Aufsichtsrat stimmte der Erweiterung des Dienstleistungsvertrags mit der EY Consulting GmbH zur Absicherung des Betriebs von SAP S4/HANA und später einer Aufstockung zu.
- Der Aufsichtsrat stimmte dem Abschluss von Rahmenvereinbarungen zur Beschaffung von IT-Standardhardware und Serviceleistungen zu.
- Der Aufsichtsrat stimmte dem Abschluss eines Mietvertrags über die Anmietung eines Compounds im Irak (Bagdad) mit Wohnräumen für entsandte Mitarbeitende und Büroräumen für das Landesbüro zu.
- Der Aufsichtsrat stimmte dem Abschluss eines Vertrages zur Energieversorgung (Biogas/Ökostrom) für die Liegenschaften der GIZ in Deutschland zu.
- Der Aufsichtsrat stimmte der Gesamtbetriebsvereinbarung „Go-live-Erfolgsprämie S4GIZ“ zu.
- Der Aufsichtsrat stimmte der Beschaffung von Emissionszertifikaten zur Kompensation der betrieblichen Treibhausgas-Emissionen für die Jahre 2023 (teilweise) und 2024 (vollständig) zu.
- Dem Aufsichtsrat wurde die nichtfinanzielle Erklärung (Erklärung nach dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex – DNK) für das Berichtsjahr 2024 zur Prüfung vorgelegt. Der Aufsichtsrat prüfte den Nachhaltigkeitsbericht einschließlich der menschenrechtlichen Berichtspflicht.

Berichte des Vorstands

Der Vorstand kam auch im Jahr 2025 seinen Berichtspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat nach. Er berichtete regelmäßig über die Geschäftsentwicklung der GIZ, die im Geschäftsjahr 2025 erneut positiv war.

Des Weiteren ließ sich der Aufsichtsrat regelmäßig über die Geschäftsentwicklung des steuerpflichtigen Geschäftsbereichs der GIZ (International Services) berichten. Das Geschäftsjahr 2025 wurde im steuerpflichtigen Geschäftsbereich erneut mit einem positiven Betriebsergebnis und einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen.

Der Aufsichtsrat erhielt vom Vorstand einen Überblick über die verschiedenen Facetten der digitalen Transformation in der GIZ und wurde in jeder Sitzung des Aufsichtsrats in Form eines Statusberichts zur Umsetzung der Large Scale Solution S4GIZ informiert. Auch im Prüfungsausschuss wurde hierzu berichtet.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat über eine Anpassung der Personalstrategie sowie zu den (Zwischen-)Ergebnissen der internen Maßnahmen zu Kostenreduzierung und Effizienzsteigerung in der GIZ.

Weiterhin wurde der Aufsichtsrat zur IT-Sicherheit und über die Entwicklung der Gleichstellungspolitik in der GIZ informiert.

Zudem erhielt der Aufsichtsrat einen Bericht über Maßnahmen des Compliance-Management-Systems der GIZ für das Jahr 2024.

Der Aufsichtsrat tauschte sich auch über die aktuellen Herausforderungen der internationalen Zusammenarbeit und die Rolle Deutschlands sowie der GIZ aus. Weiterhin berichtete der Vorstand zu aktuellen Situationen bspw. im Zusammenhang mit Afghanistan und Jemen. Zum Prüfprozess Jemen wurde in beiden Sitzungen des Prüfungsausschusses berichtet.

Der Aufsichtsrat befasste sich zudem mit einem Statusbericht zur Aktualisierung der GIZ-Unternehmensstrategie 2023–2027 und einem Statusbericht zur Umsetzung des Freiwilligenprogramms Personalumbau.

Jahresabschluss 2025

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüfer die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften einschließlich der ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Es wurde bestätigt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Der Lagebericht entspricht ebenfalls in allen wesentlichen Belangen den deutschen gesetzlichen Vorschriften.

Der Aufsichtsrat billigte in seiner Sitzung am 18. Juni 2026 das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2025 durch den Abschlussprüfer und den vom Aufsichtsrat eingesetzten Prüfungsausschuss.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterin, den Jahresabschluss 2025 festzustellen und die Geschäftsführung zu entlasten.

Bonn, den 18. Juni 2026



Niels Annen

Vorsitzender des GIZ-Aufsichtsrats
Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

01

Lagebericht
2025

I. Geschäft und Rahmenbedingungen

a. Unternehmen

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH ist ein gemeinnütziges Bundesunternehmen mit Sitz in Bonn und Eschborn. Sie unterstützt die Bundesregierung dabei, ihre Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung sowie in der internationalen Bildungsarbeit zu erreichen. Als wirtschaftlich agierendes Unternehmen steht die GIZ für Qualität, Effizienz, Nachhaltigkeit und Innovation.

Die GIZ hat in 121 Ländern Beschäftigte (Stand: 31.12.2025). Die langjährige Präsenz in zahlreichen Partnerländern und weltweite Netzwerke in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft schaffen die Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit vielen Akteuren.

Weltweit hat die GIZ zum 31.12.2025 23.787 Mitarbeiter*innen – davon arbeiten 66,5 % als Nationale Mitarbeiter*innen, die in den Partnerländern der GIZ beschäftigt sind. Hinzu kommen 184 Fachkräfte im Entwicklungsdienst (FiED), die für die GIZ im Einsatz sind. Darüber hinaus hat das CIM¹ 83 Integrierte und Rückkehrende Fachkräfte an lokale Arbeitgeber in den Einsatzländern vermittelt beziehungsweise finanziell oder durch Beratungs- und Serviceleistungen unterstützt.

Die GIZ steht für effektive grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Wissensvermittlung sowie Kompetenzentwicklung und deckt im internationalen Vergleich ein einmaliges Spektrum an Arbeitsfeldern ab. Die GIZ verfügt über mehr als 50 Jahre Erfahrung in

unterschiedlichen Sektoren – angefangen bei der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung über den Aufbau von Staat und Demokratie, die Förderung von Frieden, Sicherheit, Wiederaufbau sowie zivile Konfliktbearbeitung, die Sicherung von Ernährung, Gesundheit und Grundbildung sowie Geschlechtergerechtigkeit bis hin zu Energiefragen, Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz. Je nach Bedarf, Region und Kontext kombiniert die GIZ ihre Dienstleistungen zu maßgeschneiderten Lösungen. Das Spektrum reicht von fachlichen Beratungsdienstleistungen zur Gestaltung entwicklungsförderlicher Rahmenbedingungen über individuelle Fortbildungen, die Stärkung von staatlichen und kommunalen Organisationen und Institutionen bis hin zu Vernetzungs-, Dialog- und Mediationsdienstleistungen, Projektmanagement sowie Beschaffungs- und Logistikdienstleistungen.

Wichtigster Auftraggeber der GIZ ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Darüber hinaus war die GIZ im Jahr 2025 für weitere Bundesressorts – darunter das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN), das Auswärtige Amt (AA), das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) und das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) –, für deutsche Bundesländer sowie für öffentliche und private Auftraggeber im In- und Ausland tätig. Regierungen anderer Länder, private Stiftungen, die Vereinten Nationen sowie regionale und multilaterale Entwicklungsbanken und allen voran die Europäische Kommission beauftragen die GIZ mit eigenen Vorhaben oder beteiligen sich an Vorhaben der Bundesressorts. Auch mit der Privatwirtschaft arbeitet die GIZ über Aufträge und Kofinanzierungen eng zusammen und unterstützt diese beim erfolgreichen Zusammenspiel von Entwicklungsmaßnahmen und außenwirtschaftlichen Aktivitäten sowie bei der Erreichung von Nachhaltigkeit in Lieferketten.

Neben dem gemeinnützigen Geschäftsbereich (GnB) betreibt die GIZ auch den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbereich International Services (InS). In diesem wird die GIZ mit Zustimmung der Bundesregierung auch von internationalen Auftraggebern direkt beauftragt und nimmt an Ausschreibungen teil.

Zu diesen internationalen Auftraggebern zählen neben der Europäischen Union (EU) auch nationale Regierungen, bilaterale und multilaterale Geber sowie Auftraggeber aus der Privatwirtschaft. Darüber hinaus werden Aufträge von Deutschen Öffentlichen Auftraggebern (DÖAG) bei International Services geführt, sofern diese steuerrechtlich nicht dem gemeinnützigen Geschäftsbereich zuzuordnen sind.

b. Strategie

Das Umfeld der GIZ ist derzeit stark von geopolitischen Umbrüchen geprägt. Zunehmende Konflikte, Klimakrise, fragile Staatlichkeit sowie wachsende Migration und Sicherheitsdynamiken verändern die Rahmenbedingungen internationaler Zusammenarbeit grundlegend. Die multilaterale Ordnung steht unter Druck, internationale Zusammenarbeit wird stärker in außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Zusammenhänge eingebettet. In diesem Umfeld kommt es für die GIZ darauf an, handlungsfähig zu bleiben. Indem sie sich auf neue Realitäten einstellt, trägt sie dazu bei, internationale Zusammenarbeit im Interesse Deutschlands und Europas auch unter Krisenbedingungen wirksam umzusetzen.

¹ Das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) ist eine Arbeitsgemeinschaft der GIZ und der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit. CIM mobilisiert im Rahmen von Personalvermittlungsprogrammen für lokale Arbeitgeber in Partnerländern hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte. Im Programm „Integrierte Fachkräfte“ werden deutsche und europäische Expertinnen und Experten für Einsätze von bis zu sechs Jahren vermittelt. Im Programm „Rückkehrende Fachkräfte“ werden ausländische Fachkräfte nach einem Studium, einer Ausbildung oder einer Arbeitstätigkeit in Deutschland unterstützt, um in ihren Herkunftsländern entwicklungspolitisch bedeutsame Positionen zu übernehmen.

Entwicklungen und Trends im Umfeld der GIZ

1. Wie verändern sich die Auftraggeber?

Deutschland steht vor großen sozialen, ökonomischen und ökologischen Transformationsaufgaben. In diesem Kontext investiert Deutschland mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie dem Aussetzen der Schuldenbremse für Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben massiv in die eigene Zukunftsfähigkeit und Wehrhaftigkeit. Die Notwendigkeit größerer Haushaltsdisziplin wird auf absehbare Zeit hoch bleiben.

Mit Blick auf die gestiegene Kritik an der Entwicklungspolitik, hat sich die Bundesregierung vorgenommen, die Beiträge Internationaler Zusammenarbeit und einer eigenständigen Entwicklungspolitik zum Erhalt von Wohlstand und Sicherheit in Deutschland besser zu kommunizieren. Hierzu gehört auch, dass Internationale Zusammenarbeit den Einfluss und den Gestaltungsspielraum von Deutschland und Europa in der Welt erhöhen soll.

Von der GIZ wird erwartet, das politische Geschehen sowohl in den Partnerländern als auch in Deutschland und Europa noch besser zu antizipieren und in der Beratung der Auftraggeber, im Dialog mit den Partnern vor Ort sowie bei der Projektkonzeption zu berücksichtigen.

Die politischen Leitlinien der Europäischen Kommission 2025–2029 mit ihrem Fokus auf nachhaltigem Wohlstand, europäischer Verteidigung und Schutz der Demokratie bestimmen die strategische Ausrichtung der europäischen Politik für die kommenden vier Jahre. Ausgehend von der immer stärkeren Verschränkung von Geopolitik, Binnenmarktinteressen und Außenwirtschaftspolitik, bleibt „*Global Gateway*“ die zentrale Marke der EU-Außenpolitik. Durch eine bessere Verzahnung von europäischen TZ- und FZ-Institutionen (Institutionen der technischen und finanziellen Zusammenarbeit) sollen mehr privatwirtschaftliche Investitionen als bisher mobilisiert und der internationale Handel gestärkt werden.

2. Wie verändern sich die Themen der Zusammenarbeit?

Die Bundesregierung richtet die Internationale Zusammenarbeit verstärkt vor dem Hintergrund nationaler und europäischer Interessen aus. Sicherheitspolitische Themen gewinnen daher an Bedeutung und erfordern eine stärkere Verzahnung von Maßnahmen der Internationalen Zusammenarbeit mit einer deutschen integrierten Sicherheitspolitik. Auch sollen die EZ und Außenwirtschaftsförderung wirksamer verzahnt werden. Die Bewahrung eines Lebens in Frieden, Freiheit und Sicherheit bleibt zentrales Anliegen der Bundesregierung, womit die Arbeit in fragilen Kontexten zur Verhinderung von Krisen und Konflikten sowie die Migrationssteuerung im Fokus bleiben werden. Die Gleichberechtigung der Geschlechter bleibt ein bedeutsames Anliegen der deutschen Internationalen Zusammenarbeit.

Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit Schwellenländern fokussiert sich immer stärker auf wirtschaftliche Themen und die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter wie ein lebensverträgliches Klima und Erhalt der Biodiversität. Die Bedeutung einer konsequenten internationalen Klimapolitik, Klimafinanzierung und der Frage nach Klimagerechtigkeit bleibt hoch.

Die digitale Transformation wird auch wegen der weiteren Durchbrüche in künstlicher Intelligenz (KI) und Quantencomputing zahlreiche Themen der Zusammenarbeit maßgeblich beeinflussen. Hiermit geraten Fragen zur digitalen Governance durch die internationale Gemeinschaft, digitale öffentliche Infrastruktur, Desinformation und Cybersicherheit zunehmend ins Blickfeld.

3. Wie verändert sich die Wettbewerbs- und Kooperations-situation?

Die USA richten sich seit der Wiederwahl von Präsident Donald Trump strategisch neu aus. Im Hinblick auf die Internationale Zusammenarbeit sind die größten Einschnitte bisher die Auflösung von USAID und der Rückzug der USA aus 66 internationalen Organisationen, darunter dem Weltklimarat, der Klimarahmenkonvention und den Regionalkommissionen der UN. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an Deutschland als jetzt größter Geber unter den OECD-Mitgliedsstaaten.

Viele Länder in Afrika haben in den letzten Jahren ihre internationalen Partnerschaften ausgeweitet, wodurch eine verstärkte Wettbewerbssituation entstanden ist. Neben China sind weitere aufstrebende Akteure wie die Türkei, die Golfstaaten und Indien aktiv. Russland ist als Geber vergleichsweise wenig aktiv, übt aber in einzelnen Ländern, insbesondere in ehemaligen Sowjetrepubliken, der Sahelzone und Nordafrika, über seine Militärhilfe, Kooperationen im Energiesektor und Desinformationskampagnen Einfluss aus.

Fonds-Lösungen gewinnen stärker an Relevanz und bieten Geschäftspotenziale für eine verstärkte Einbeziehung der bilateralen technischen Zusammenarbeit (TZ) in multilaterale Fonds. Die effektive Nutzung von Daten und KI wird zunehmend entscheidend für den Erfolg von Durchführungsorganisationen im Wettbewerb. Partnerschaften mit Unternehmen und Thinktanks in diesen Bereichen gewinnen an Bedeutung, während diese Organisationen zugleich als Konkurrenten zu etablierten EZ/IZ-Organisationen auftreten.

4. Wie verändern sich die Länder, in denen wir arbeiten?

Die aktuelle Zwischenbilanz der Umsetzung der Agenda 2030 ist ernüchternd. Laut dem „Sustainable Development Goals (SDG) Report 2025“ der Vereinten Nationen sind derzeit nur 18 Prozent der SDG-Unterziele auf dem angestrebten Entwicklungspfad. Weitere 17 Prozent weisen moderate Fortschritte auf. Etwa die Hälfte der Unterziele zeigt keine oder nur minimale Fortschritte und sie werden – Stand heute – bis 2030 nicht erreicht werden. Bei weiteren rund 20 Prozent der Unterziele gab es sogar Rückschritte.

Ein wichtiger Grund für die unzureichenden Fortschritte bzw. Rückschritte liegt in der Zunahme staatlicher Fragilität. Der OECD-Bericht „States of Fragility 2025“ identifiziert 61 fragile Kontexte, die größte bisher von der OECD gemessene Zahl. Davon gilt fast ein Drittel als extrem fragil. Mittlerweile leben 25 % der Weltbevölkerung und 72 % der extrem armen Menschen in fragilen Kontexten. Auch die Zahl von Menschen auf der Flucht ist laut UNHCR erheblich gestiegen: von 51 Millionen im Jahr 2013 auf 123 Millionen Ende 2024. Davon sind 73,5 Millionen Binnenflüchtlinge.

Hinzu kommt ein geoökonomisch herausforderndes Umfeld. So konstatiert die Weltbank im „Weltentwicklungsbericht 2024“, dass es heutzutage für Länder mittleren Einkommens deutlich schwieriger ist, weitere Entwicklungsfortschritte zu erzielen, als in den vergangenen drei Jahrzehnten. Als Gründe nennt die Bank hohe Schulden, zunehmenden Protektionismus und die Herausforderungen im Kontext der Energiewende. Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung verschärfen den Handlungsdruck in vielen Partnerländern noch zusätzlich.

Unsere Partnerländer treten mit erheblichem Selbstbewusstsein auf, sie wägen ihre Interessen und Optionen sorgfältig ab. Eigener Nutzen steht für viele Länder expliziter im Vordergrund. Erwartet wird ein transparenter Dialog über die gegenseitigen Erwartungen und die jeweiligen Interessen. Das Interesse an Dreieckskooperationen und gegenseitigem Lernen hat weiter zugenommen.

Die GIZ-Unternehmensstrategie

Vor dem Hintergrund veränderter politischer Rahmenbedingungen und knapper werdender Ressourcen hat die GIZ im August 2025 ihre Unternehmensstrategie 2023–2027 aktualisiert. Ziel ist es, Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit zu sichern. Die Strategieaktualisierung markiert keinen Kurswechsel, sondern eine Nachschärfung des bestehenden Transformationswegs hin zum Zielbild GIZ 2028. Zentrale Akzente liegen auf einem stärker fokussierten und systematischer gesteuerten Leistungs- und Produktportfolio entlang der politischen Prioritäten der Bundesregierung, sowie dem gezielten Aufbau strategischer Partnerschaften – insbesondere mit der Wirtschaft, Finanzakteuren und europäischen Partnern. Die digitale Transformation ist dabei integraler Bestandteil der Strategie: Durch Standardisierung, datenbasierte Steuerung und Automatisierung werden Prozesse effizienter gestaltet, Steuerungskosten gesenkt und Wirkungen besser messbar gemacht. Mit der Strategieaktualisierung sichert die GIZ eine wirksame Umsetzung internationaler Zusammenarbeit und leistet weiterhin einen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens.

Im Folgenden werden die vier strategischen Handlungsfelder (1) Wirksamkeit, (2) Geschäftsentwicklung, (3) Kompetenzen & Allianzen und (4) Wirtschaftlichkeit dargestellt.

1. Handlungsfeld Wirksamkeit

Zur Steigerung der Wirksamkeit richtet die GIZ ihr Leistungsangebot stärker an politischen Prioritäten und den Anforderungen der Auftraggeber sowie an globalen Zukunftsfragen aus – für mehr Relevanz, Wirkung und Sichtbarkeit. Zentrales Element ist der Aufbau eines systematischen und strategisch gesteuerten Leistungs- und Produktportfolios, das Qualität und Skalierbarkeit erhöht. Durch die Bündelung von Fachlichkeit, gemeinsame Standards und ein integriertes Innovationsmanagement soll Expertise gezielter eingesetzt und die Wirkung erhöht werden.

2025 wurden zentrale Schritte zum Aufbau eines systematischen Produktportfoliomanagements umgesetzt. Insgesamt 16 Produkte umfasste das Portfolio zum Jahresende. Zudem wurden grundlegende Verfahren zur Bewertung, Steuerung und Kostenkalkulation entwickelt, um die Überführung in die Regelstruktur im Folgejahr zu gewährleisten.

2. Handlungsfeld Geschäftsentwicklung

2025 wurde die Geschäftsentwicklung im Zuge der Aktualisierung der Unternehmensstrategie weiterentwickelt und enger mit der systematischen Zusammenarbeit mit Partnern und dem Leistungsportfolio verbunden. Dabei geht es darum, die Geschäftsentwicklung stärker an politisch priorisierten Themen auszurichten und Partnerschaften gezielt zu nutzen. Partnerschaften dienen als strategischer Hebel, um relevante Kompetenzen einzubinden und die Qualität und Wirksamkeit der Arbeit der GIZ zu erhöhen.

Ein Schwerpunkt lag im vergangenen Jahr auf der Weiterentwicklung der Geschäftsentwicklung im Kontext von „Team Europe“ und „Global Gateway“. Die GIZ stärkte dabei ihre Rolle als Umsetzungspartnerin der Europäischen Union und legte gleichzeitig die Grundlagen für eine künftig stärker partnerschafts- und prozessorientierte Geschäftsentwicklung.

3. Handlungsfeld Kompetenzen & Allianzen

Im Handlungsfeld Kompetenzen & Allianzen hat die GIZ mit der Strategieaktualisierung einen neuen Schwerpunkt auf den Ausbau der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, Finanzakteuren und Institutionen der Außenwirtschaftsförderung gelegt. Damit trägt sie den veränderten politischen Rahmenbedingungen und den Anforderungen der Bundesregierung Rechnung, internationale Zusammenarbeit stärker mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu verbinden.

Partnerschaften mit Unternehmen, Entwicklungsbanken und Finanzmarktakteuren werden als Hebel für Geschäftsentwicklung genutzt, insbesondere im europäischen Kontext. Parallel wurde weiter an den Grundlagen für ein stärker systematisiertes und prozessorientiertes Partnerschaftsmanagement gearbeitet, um Kooperationen besser zu steuern und enger mit dem Leistungsportfolio der GIZ zu verzahnen. Die laufende unternehmensstrategische Evaluierung (USE) zur Partnerorientierung in den Partnerländern der GIZ liefert dafür wichtige Impulse.

4. Handlungsfeld Wirtschaftlichkeit

Die Steigerung von Wirtschaftlichkeit und Effizienz ist ein zentraler Schwerpunkt der Unternehmensstrategie und hat durch den weiter zunehmenden Kosteneinsparungsdruck an Relevanz zugenommen. Ziel ist es, nachhaltig Steuerungskosten zu senken, Ressourcen wirksamer einzusetzen und die Leistungsfähigkeit unter knapper werdenden Mitteln zu sichern und auszubauen. Dazu werden Prozesse standardisiert, Vorhabenübergreifend gesteuert und die Organisation konsequent prozessorientiert weiterentwickelt, Strukturen überprüft und neu ausgerichtet.

2025 wurden die umfassenden Vorbereitungen für die Einführung von S4GIZ abgeschlossen, so dass eine weltweit einheitliche IT-Systemlandschaft in der GIZ ausgerollt werden kann. Damit sind die Grundlagen für eine digitale, zukunftsfähige Organisation geschaffen.

Parallel dazu wurden zentrale Grundlagen für eine unternehmensweite Datenstrategie, Data Governance und verbesserte Datensicherheit entwickelt. Darüber hinaus wurden Rahmenbedingungen für den

verantwortungsbewussten Einsatz von künstlicher Intelligenz und Automatisierung geschaffen, um weitere Effizienzgewinne zu realisieren.

Mit der Strategieaktualisierung 2025 wurde die digitale Leistungsfähigkeit als ein eigenständiges strategisches Ziel in die Unternehmensstrategie integriert. Sie bildet die Voraussetzung für Effizienz, Steuerungsfähigkeit und Transparenz. Digitale Transformation und die Gesamttransformation des Unternehmens werden damit konsequenter vorangetrieben und gesteuert.

c. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Haushaltsslage

Aufgrund der vorgezogenen Neuwahl der Bundesregierung begann das Jahr 2025 mit einer vorläufigen Haushaltsführung. Für die GIZ bestand dahingehend Planungsunsicherheit, dass die Annahmen zur Geschäftsentwicklung – wie in der FIPP 2025 dargestellt – auf dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2025 sowie der mittelfristigen Finanzplanung der vormaligen Bundesregierung basierten.

Nach der Wahl der neuen Bundesregierung wurde ein neuer Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2025 vorgelegt. Unvorhergesehen sollte sich der Baransatz des TZ-Titels deutlich um 189 Mio. € auf 1.869 Mio. € erhöhen. Während die GIZ bislang von deutlich geringeren Barmitteln ausgehen musste – und die GIZ-interne Steuerung auf diese Situation ausgerichtet war –, wurden die Steuerungsmechanismen der GIZ zu Beginn der zweiten Jahreshälfte neu ausgerichtet, um eine vollständige Umsetzung der Barmittel zu ermöglichen.

Freiwilligenprogramm

Das Unternehmen steht vor der Herausforderung gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit insb. mit Blick auf die Leistungs- und Lieferfähigkeit zu sichern sowie die Konsolidierung der Strukturkosten voranzutreiben. Für beide Themen ist das Personal der GIZ ein entscheidender Faktor. Insofern müssen auch hier gezielte Investitionen, zum Beispiel in die Personalentwicklung, und ein gesteuerter Personalum- und -abbau Hand in Hand gehen. Mit dem sogenannten

Freiwilligenprogramm Personalumbau hat die GIZ auf Basis einer entsprechenden Gesamtbetriebsvereinbarung im Jahr 2025 nach dem Prinzip der doppelten Freiwilligkeit mit etwa 500 Personen Aufhebungsverträge oder Altersteilzeitvereinbarungen abgeschlossen. Etwa 100 der frei werdenden Stellen werden gezielt mit Blick auf die künftige Leistungs- und Lieferfähigkeit nachbesetzt. Im Vergleich zu den aktuellen Personalkosten wird die GIZ ab dem Jahr 2028 Einsparungen in Höhe von ca. 25 Mio. € pro Jahr durch wegfallende Stellen realisieren können.

S/4 HANA Go-live 01.01.2026

Im Zuge der Einführung des SAP Systems S/4HANA werden die wesentlichen Geschäftsprozesse des Unternehmens standardisiert und digitalisiert, während rund 40 Altsysteme abgelöst wurden. Die vorgenommene Standardisierung vermeidet künftig Systembrüche. Während die Verfügbarkeit der bisherigen Systeme unternehmensweit eingeschränkt und fragmentiert war, insbesondere in den Landes- und Projektbüros, wird fortan weltweit eine Systemlandschaft für die Durchführung der Geschäftsprozesse verwendet. Im Jahr 2025 wurden zentrale Meilensteine für den Go-live im Januar 2026 erreicht:

Zwischen Oktober und Dezember 2025 haben 550 interne Trainer*innen in Onlineschulungen ca. 5.900 Teilnehmende für die Arbeit mit den neuen Systemen vorbereitet. Darüber hinaus wurden im gesamten Unternehmen, aber vor allem in den Landes- und Projektbüros der Außenstruktur, die notwendigen organisatorischen Veränderungen eingeleitet. Am 16.12.2025 haben die GIZ und der Gesamtbetriebsrat eine Einigung zu den Gesamtbetriebsvereinbarungen (GBVen) zur Nutzung der S/4HANA-Systeme erzielt.

Da die Systemeinführung zum Jahreswechsel 2025/2026 erfolgt ist, wird der gegenwärtige Jahresabschluss 2025 noch aus den Altsystemen erstellt und vorgenommen.

II. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der GIZ ist in diesem Geschäftsjahr durch leicht gesunkene Umsatzerlöse bei gleichzeitig gesunkenen Einnahmen geprägt. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen konnte das Geschäftsjahr mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen werden.

a. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist im Berichtsjahr von 3.331 Mio. € um 253 Mio. € auf 3.584 Mio. € gestiegen.

Das Anlagevermögen hat sich von 676 Mio. € auf 741 Mio. € erhöht. Der Anstieg geht auf die Zahlung der letzten Kaufpreistraten an die Grundstücksgesellschaft und die damit erfolgte Aktivierung des Campus Eschborn im November 2025 zurück. Der Anstieg des Umlaufvermögens ist hauptsächlich auf den Anstieg der noch nicht abgerechneten Leistungen von +229 Mio. € zurückzuführen, da aufgrund der Systemumstellung auf S/4HANA nicht alle Projekte abgerechnet werden konnten. Der Rückgang der geleisteten Anzahlungen (–89 Mio. €) ist insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung der Finanzierungsleistungen, zu sehen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände zeigen einen Anstieg um 140 Mio. € auf 615 Mio. €. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind von 125 Mio. € auf 175 Mio. € (+50 Mio. €) gestiegen, insbesondere aufgrund höherer Forderungen gegenüber dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (+99 Mio. €) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (+10 Mio. €). Gegenläufig wirken im Wesentlichen die gesunkenen Forderungen gegenüber dem Auswärtigen Amt (–20 Mio. €), dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (–18 Mio. €), dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (–10 Mio. €) und der Europäischen Union (–6 Mio. €). Die Bilanzposition Vermögen in den Projekten ist stichtagsbedingt, im Wesentlichen aufgrund

gestiegener Bank- und Kassenbestände, um 101 Mio. € angestiegen. Bei den sonstigen Vermögensgegenständen ergibt sich ein Rückgang um 10 Mio. € auf 127 Mio. €, was im Wesentlichen auf die Auflösung des Pensionsnachsusses und geringere Rückerstattungen der Halleschen Versicherung zurückzuführen ist.

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses, das den satzungsmäßigen Rücklagen zugeführt wurde, hat sich das Eigenkapital um 20 Mio. € auf 488 Mio. € erhöht. Bei gestiegener Bilanzsumme sinkt die Eigenkapitalquote² im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte auf 13,5 %.

Bei den Rückstellungen ist ein Rückgang um 12 Mio. € auf 353 Mio. € zu verzeichnen, der hauptsächlich auf die Auflösung der Rückstellungen für Pensionen um –54 Mio. € zurückzuführen ist. Grund hierfür ist die im Geschäftsjahr erstmalig entstandene Überdeckung aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus aus der versicherungsmathematischen Bewertung.

Gegenläufig wirken sich hier die gestiegenen Rückstellungen für Personalaufwand und die Rückstellungen für ausstehende Verwaltungskosten aus. Ausgewirkt haben sich hier hauptsächlich die Rückstellung für den Personalumbau im Rahmen des Freiwilligenprogramms (+17 Mio. €), die Rückstellungen aus Langzeitkonten (+5 Mio. €) und die Rückstellungen für ausstehende Verwaltungskosten (+15 Mio. €). Die pauschale Gewährleistungs- und Risikorückstellung ist im Wesentlichen aufgrund der Risikosituation im mittleren und Nahen Osten (u. a. Palästinensische Gebiete, Iran, Jemen und dem Libanon) um +9 Mio. € gestiegen.

Die Verbindlichkeiten sind von 2.498 Mio. € auf 2.743 Mio. € (+245 Mio. €) gestiegen. Der Anstieg geht im Wesentlichen auf die erhaltenen Anzahlungen von 2.369 Mio. € zurück, welche sich im

GnB um 220 Mio. € erhöht und bei InS um 25 Mio. € verringert haben. Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 4 Mio. € auf 228 Mio. € resultiert hauptsächlich aus der planmäßigen Auszahlung der letzten Rate des Darlehens für den GIZ-Campus Eschborn sowie gegenläufig aus den planmäßigen Tilgungen für das Darlehen für den GIZ-Campus Bonn. Die Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um –11 Mio. € auf 4 Mio. € beruht auf der letzten Mittelanforderung der GIZ Unterstützungskasse GmbH für das Jahr 2025, die erst im Januar 2026 beglichen wurde. Der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten um 54 Mio. € auf 69 Mio. € ist im Wesentlichen auf die Einstellung der Rückzahlungsverpflichtung von 54 Mio. € gegenüber der Gesellschafterin aufgrund der Auflösung der Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

b. Finanzlage

Zum Bilanzstichtag ergab sich ein Rückgang der Kassen- und Bankbestände um 91 Mio. € von 1.062 Mio. € auf 971 Mio. €. Der gesunkene Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von –9 Mio. € und die Einnahmen aus dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit von 2 Mio. €, hauptsächlich aus der Darlehensaufnahme und vollständigen Tilgung eines Darlehens, decken die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit von –84 Mio. € nicht ab. Der deutliche Rückgang des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus den Einnahmen übersteigende Mittelverausgabungen, was sich in dem Anstieg noch nicht abgerechneter Leistungen und gestiegener Bestände im Vermögen in den Projekten widerspiegelt. Grund hierfür ist der vorzeitige Abrechnungsschluss aufgrund der Systemumstellung auf S/4HANA zum 01.01.2026.

² Die Eigenkapitalquote ist definiert als Eigenkapital abzüglich Agio im Verhältnis zur Bilanzsumme.

c. Ertragslage

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres sind um 129 Mio. € auf 3.800 Mio. € gesunken.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung auf die Geschäftsbereiche:

Gesamtleistung	2025			2024			Veränderung	
	GnB	InS	gesamt	GnB	InS	gesamt	gesamt	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Umsatzerlöse	3.509	291	3.800	3.655	274	3.929	- 129	- 3
Bestandsveränderung	224	4	228	2	- 10	- 8	236	- 2.950
Aktivierete Eigenleistungen	1	0	1	1	0	1	0	0
Gesamtleistung	3.734	295	4.029	3.658	264	3.922	107	3

Der Rückgang der Umsatzerlöse steht im Zusammenhang mit der leicht gesunkenen Leistungserbringung an die Auftraggeber.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 49 Mio. € gestiegen. Die Abweichung resultiert mit 54 Mio. € aus der Auflösung der eingefrorenen Pensionsrückstellungen aufgrund der Überdeckung. Gegenläufig wirken sich im Wesentlichen geringere Auflösungen der sonstigen Rückstellungen (-2 Mio. €) und geringere Zuführungen der Einzel- und Pauschalwertberichtigungen (-2 Mio. €) aus.

Der Materialaufwand ist um 90 Mio. € auf 2.225 Mio. € gestiegen. Dabei haben sich die Aufwendungen für bezogene Waren um 12 Mio. € und die Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen um 79 Mio. € erhöht. Hier haben sich insbesondere die gestiegenen Aufwendungen für sonstige Fremdleistungen mit +100 Mio. € und gestiegene Kosten für Finanzierungsbeiträge und Zuschüsse um +26 Mio. € ausgewirkt. Gegenläufig haben sich die Baukosten um -25 Mio. €

und die im Projekt angefallenen Kosten um -22 Mio. € gemindert. Im Abschnitt „III. e. Ressourceneinsatz“ wird auf diese Position mit der Darstellung der Entwicklung des Einkaufs von Sachgütern und Dienstleistungen eingegangen.

Der Personalaufwand hat sich von 1.619 Mio. € um 21 Mio. € auf 1.640 Mio. € erhöht. Diese Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Zuführung zur Rückstellung für den Personalumbau zurückzuführen. Im Einzelnen verweisen wir zur Personalentwicklung auf Abschnitt „III. e. Ressourceneinsatz“.

Der sonstige betriebliche Aufwand hat sich von 135 Mio. € um 63 Mio. € auf 198 Mio. € erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Einstellung der Rückzahlungsverpflichtung an die Gesellschafterin aufgrund der Auflösung der eingefrorenen Pensionsrückstellung, sowie der Zuführung zur pauschalen Gewährleistungs- und Risikorückstellung.

Das Finanzergebnis bewegt sich mit 7 Mio. € auf dem Vorjahresniveau.

Insgesamt ergab sich für das Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss von rund 20 Mio. € (Vorjahr: 38 Mio. €). Die nachfolgende Tabelle zeigt das Jahresergebnis nach Geschäftsbereichen:

Jahresergebnis	2025	2024	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
GnB	16,3	32,8	- 16,5	- 50
InS	3,6	5,5	- 1,9	- 35
GIZ gesamt	19,9	38,3	- 18,4	- 48

Das Ergebnis im GnB und bei InS liegt unter dem Vorjahresniveau. Der Rückgang des Jahresergebnisses 2025 ist im Wesentlichen auf die Zuführung der Rückstellung für den Personalumbau im Rahmen des Freiwilligenprogramms zurückzuführen. Der Rückgang des Jahresergebnisses im Bereich InS ist im Wesentlichen auf Einmaleffekte des Vorjahres, aufgrund von Rückstellungsaufösungen, zurückzuführen.

d. Investitionen und deren Finanzierung

Die Investitionsplanung der GIZ war im Wesentlichen durch den Neubau des GIZ-Campus Eschborn mit einem Gesamtvolumen bis 2025 von 234 Mio. € geprägt.

Die Finanzierung der Immobilieninvestitionen erfolgt durch zwei langfristige Darlehensverträge. Für beide variabel verzinsten Finanzierungen sind Zinsswap-Vereinbarungen zur Zinssicherung geschlossen worden. Das Darlehen für den GIZ-Campus Bonn wurde im Geschäftsjahr vollständig getilgt. Das Darlehen für den GIZ-Campus Eschborn valutiert nach Auszahlung der letzten Tranche im Jahr 2025 mit 228 Mio. € bei einem Gesamtvolumen von 230 Mio. €, der Zins beträgt 2,093 % p. a.

Die übrigen Investitionen werden aus eigenen Mitteln der Gesellschaft finanziert. Zu den Vergaben verweisen wir auf die Ausführungen in Abschnitt „III. e Ressourceneinsatz“.

Im Zusammenhang mit den Investitionen besteht ein Bestellobligo in Höhe von 0,4 Mio. €.

III. Wirtschaftliche Lage

Zum besseren Verständnis der wirtschaftlichen Lage werden im Folgenden wesentliche Kennzahlen und Begrifflichkeiten erläutert.

- Bei den **Auftragseingängen** handelt es sich um die bei der GIZ eingegangenen Beauftragungen der Bundesministerien bzw. sonstigen Auftraggeber.
- Die **Einnahmen** ergeben sich aus der Summe der refinanzierten Ausgaben sowie der Überweisungen von Auftraggebern (für DÖAG-Vorhaben, die nicht Bestandteil des Refinanzierungsverfahrens sind, sowie von Drittmittelgebern für Kofinanzierungen).
- Die **Steuerungskennzahl** wird aus dem Verhältnis der Steuerungskosten zur Bezugsgröße (Vierjahresdurchschnitt der Einnahmen im GnB) gebildet. Um die Steuerungskosten zu begrenzen, hat der Aufsichtsrat für die Steuerungskennzahl bei normalem Geschäftsverlauf eine Obergrenze von 12 % vorgegeben.
- **Steuerungskosten** sind alle Strukturkosten der Zentrale (ohne die Kosten mit direktem Bezug zu Vorhaben) des GnB. Sie beinhalten die Personal- und Sachkosten (ohne Verrechnungen). Zudem werden verschiedene Abzugspositionen berücksichtigt, die der klaren Abgrenzung der Kosten des GnB zu den Leistungen dienen, die für Eigenmaßnahmen und International Services erbracht werden.

a. Gesamtaussage

Die GIZ hat das Geschäftsjahr 2025 zufriedenstellend abschließen können.

- Die Auftragseingänge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 27 % verringert.
- Das Geschäftsvolumen blieb stabil auf dem Niveau des Vorjahres von knapp 4 Mrd. €.
- Die Steuerungskennzahl des GnB liegt mit 12,3 % – aufgrund der Investitionen in die digitale Transformation des Unternehmens – über der Obergrenze.
- Das Betriebsergebnis von InS liegt mit 3,8 Mio. € erwartungsgemäß unter dem Vorjahresniveau (5,7 Mio. €).
- Der Personalbestand zum 31.12.2025 ist um 743 Personen (–3 %) gesunken.

Die Steuerung der GIZ erfolgt insbesondere auf Basis der im Folgenden erläuterten Kennzahlen:

Plan-Ist-Vergleich		Plan 2025	Ist 2025	Abweichung Ist-Plan
Auftragseingänge				
GnB	Mio. €	3.610	3.282	– 328
InS	Mio. €	270	264	– 6
Summe	Mio. €	3.880	3.546	– 334
Einnahmen GnB	Mio. €	3.425	3.674	250
Gesamtleistung InS	Mio. €	287	295	8
Geschäftsvolumen	Mio. €	3.712	3.969	258
Steuerungskennzahl	%	13,0	12,3	– 0,7
Betriebsergebnis InS	Mio. €	2,0	3,8	1,8
Jahresergebnis InS	Mio. €	1,8	3,6	1,8
Personalbestand zum Stichtag				
Strukturpersonal Inland ¹	Anzahl	2.737	2.853	116
Projektpersonal Inland	Anzahl	2.785	2.787	2
Entsandtes Auslandspersonal	Anzahl	2.382	2.324	– 58
MTV- oder TVöD- beschäftigtes Personal ¹	Anzahl	7.904	7.964	60
Nationale Mitarbeitende	Anzahl	15.748	15.823	75
Gesamtpersonalbestand¹	Anzahl	23.652	23.787	135

¹ ohne Vorstand, ohne Auszubildende
Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Die Entwicklung der einzelnen Kennzahlen im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan wird im Folgenden näher erläutert.

b. Auftragsentwicklung und Auftragsbestand

Auftragsentwicklung

Die GIZ verzeichnete im Jahr 2025 insgesamt Auftragsengänge in Höhe von 3.546 Mio. €. Damit wurde das Vorjahresniveau (4.838 Mio. €) erwartungsgemäß nicht erreicht. Der Plan wurde zu 91 % erfüllt. Die Auftragsengänge sind im GnB im Vergleich zum Vorjahr um 1.047 Mio. € (24 %) auf 3.282 Mio. € gesunken und haben sich bei InS mit 264 Mio. € um 245 Mio. € (48 %) fast halbiert. Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass InS im Jahr 2024 einen außerordentlichen hohen Auftragsengang über 117 Mio. € für ein Bildungsvorhaben im Auftrag der Globalen Partnerschaft für Bildung (GPE) sowie einige größere Aufstockungen verzeichnete, so dass das Ist 2024 deutlich über dem normalen Niveau lag. Der Anteil des GnB am gesamten Auftragsengang ist um rd. 4 Prozentpunkte auf 93 % gestiegen, was wieder einer üblichen Verteilung der Geschäftsbereiche entspricht.

Die folgende Tabelle stellt – differenziert nach den Geschäftsbereichen und Geschäftsfeldern – die im Folgenden erläuterten Auftragsengänge der GIZ dar.

Auftragsengänge	Ist 2025	Anteil	Ist 2024	Anteil	Veränderung
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in %
GnB gesamt	3.282	93	4.329	89	-24
davon BMZ	2.973	84	3.645	75	-18
BMZ-Haushaltsmittel	1.993	56	2.460	51	-19
Kofinanzierungen zu BMZ-Vorhaben	980	28	1.185	24	-17
davon DÖAG	271	8	639	13	-58
DÖAG-Haushaltsmittel	199	6	495	10	-60
Kofinanzierungen zu DÖAG-Vorhaben	72	2	144	3	-50
davon sonstige Geschäftsfelder	38	1	45	1	-15
InS	264	7	509	11	-48
GIZ gesamt	3.546	100	4.838	100	-27

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Auftragsengänge im Gemeinnützigen Bereich

Im GnB wurden im Jahr 2025 Auftragsengänge in Höhe von 3.282 Mio. € verzeichnet. Dieser Wert liegt um 1.047 Mio. € (24 %) unter dem Vorjahreswert.

Im Geschäftsfeld BMZ haben sich die Auftragsengänge im Vergleich zum Vorjahr um 672 Mio. € (18 %) auf 2.973 Mio. € verringert und lagen um 124 Mio. € (4 %) unter dem Plan. Die Reduzierung ist vor allem auf die niedrigeren Verpflichtungsermächtigungen des TZ-Titels sowie anderer Haushaltstitel zurückzuführen; aber auch das hohe Niveau der Kofinanzierungen im Jahr 2024 konnte nicht erneut erreicht werden.

Im Geschäftsfeld DÖAG haben sich die Auftragsengänge deutlich um 368 Mio. € (58 %) reduziert, da sich die Haushaltsmittel verringert haben.

Auftragsengänge im Bereich International Services

InS erzielte im Jahr 2025 Auftragsengänge in Höhe von 264 Mio. €. Dieses Ergebnis liegt um 245 Mio. € (48 %) unter dem Vorjahreswert und bei 98 % des Plans. Bei dem Vergleich mit dem Vorjahr ist zu berücksichtigen, dass InS im Jahr 2024 einen Großauftrag über 117 Mio. € sowie ungewöhnlich viele Aufträge im Bereich zwischen 10 und 50 Mio. € erzielte, weshalb insgesamt ein sehr hohes Auftragsvolumen erreicht wurde. Im Jahr 2025 erhielt InS folgende großvolumige Aufträge (≥ 10 Mio. €):

- 45 Mio. € für das AA-Vorhaben „Integrated Response Hub for Ukraine“,
- 26 Mio. € für die Logistische Unterstützung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan im Auftrag des BAMF,
- 22 Mio. € für das Flexibilitätsinstrument Stabilisierung (FIS) Afghanistan im Auftrag des AA,
- 13 Mio. € für das Internationale Kompetenzzentrum Nachhaltige Chemie im Auftrag des Umweltbundesamts.

Auftragsbestand

Per 31. Dezember 2025 belief sich der Auftragsbestand auf 10.299 Mio. € und lag somit um –453 Mio. € (7,6 %) unter dem Vorjahreswert (10.752 Mio. €). Vom gesamten Auftragsbestand entfielen 9.623 Mio. € (Vorjahr: 9.995 Mio. €) auf den GnB und 676 Mio. € auf InS (Vorjahr: 757 Mio. €).

c. Entwicklung des Geschäftsvolumens

Das Geschäftsvolumen blieb auch im Jahr 2025 mit 3.969 Mio. € stabil auf dem Vorjahresniveau. Dieser Wert setzt sich zusammen aus Einnahmen im GnB in Höhe von 3.674 Mio. € (–30 Mio. € ggü. dem Vorjahr und +249 Mio. € ggü. dem Plan) und einer Gesamtleistung von InS in Höhe von 295 Mio. € (+31 Mio. € ggü. dem Vorjahr und +8 Mio. € ggü. dem Plan).

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung des Geschäftsvolumens der Geschäftsbereiche und Geschäftsfelder der GIZ. Anschließend folgt eine Erläuterung dieser Entwicklungen.

Geschäftsvolumen	Ist 2025	Anteil	Ist 2024	Anteil	Veränderung
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in %
GnB gesamt	3.674	93	3.704	93	-1
davon BMZ	3.194	80	3.201	81	0
BMZ-Haushaltsmittel	2.425	61	2.506	63	-3
Kofinanzierungen zu BMZ-Vorhaben	769	19	695	18	11
davon DÖAG	443	11	454	11	-2
DÖAG-Haushaltsmittel	382	10	401	10	-5
Kofinanzierungen zu DÖAG-Vorhaben	61	2	53	1	16
davon sonstige Geschäftsfelder	37	1	49	1	-24
InS	295	7	264	7	12
GIZ gesamt	3.969	100	3.968	100	0

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Einnahmen im Gemeinnützigen Bereich

Im GnB wurden im Jahr 2025 Einnahmen in Höhe von 3.674 Mio. € realisiert. Damit liegen die Einnahmen um 1 % leicht unter dem Vorjahresniveau. Der Plan wurde um 249 Mio. € (7 %) übertroffen, was auf die Entwicklungen im Geschäftsfeld BMZ zurückzuführen ist: Der Plan basierte auf dem ersten Regierungsentwurf der ehemaligen Bundesregierung. Mit Verabschiedung des Haushalts 2025 haben sich die Baransätze einiger wesentlicher Haushaltstitel, insbesondere des TZ-Titels, erhöht, was sich insbesondere positiv auf die Einnahmen der GIZ ausgewirkt hat. Zusätzlich haben sich die Kofinanzierungen im Geschäftsfeld BMZ besser entwickelt als geplant. Insgesamt wurden in diesem Geschäftsfeld Einnahmen in Höhe von 3.194 Mio. € erzielt, was dem Vorjahresniveau entspricht.

Ergebnisrechnung im Bereich International Services

International Services erzielte im Jahr 2025 eine Gesamtleistung in Höhe von 295 Mio. €. Damit wurde der Vorjahreswert um 31 Mio. € (+ 12 %) übertroffen und lag auch über der Planung. Das Betriebsergebnis 2025 liegt mit 3,8 Mio. € (Vorjahr: 5,7 Mio. €) über dem Plan (2,0 Mio. €). Auch das Jahresergebnis liegt mit 3,6 Mio. € (Vorjahr: 5,5 Mio. €) über der Planung (1,8 Mio. €), da sich die Geschäftsentwicklung positiver als geplant ausgestaltete.

d. Steuerungskennzahl

Im GnB lag die Steuerungskennzahl, die sich aus dem Verhältnis der Steuerungskosten des jeweils aktuellen Jahres zum Vierjahresdurchschnitt der Einnahmen im GnB errechnet, 2025 bei 12,3 % (2024: 12,2 %) und unter dem Plan in Höhe von 13,0 %. Die Verbesserung gegenüber dem Plan um 0,7 Prozentpunkte ergibt sich aus einer Entlastung um rd. 0,3 Prozentpunkte durch geringere Steuerungskosten im Jahr 2025 infolge der bereits begonnenen Kostenreduzierung – insbesondere durch das Freiwilligenprogramm Personalumbau – sowie um 0,4 Prozentpunkte aus den höheren Einnahmen im Jahr 2025.

e. Ressourceneinsatz

Entwicklung des Personalbestandes

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Personalbestandes der GIZ zum Stichtag 31.12.2025 im Vergleich zum entsprechenden Stichtag des Vorjahres:

Personalbestand der GIZ ¹ (Headcount, stichtagsbezogen)	Ist 31.12.2025	Ist 31.12.2024	Veränderung	
			absolut	in %
Strukturpersonal Inland – GnB	2.711	2.771	-60	-2,2
Projektpersonal Inland – GnB	2.696	2.863	-167	-5,8
Entsandtes Auslandspersonal – GnB	2.278	2.439	-161	-6,6
Gesamt – GnB	7.685	8.073	-388	-4,8
Strukturpersonal Inland – InS	142	135	7	5,2
Projektpersonal Inland – InS	91	44	47	106,8
Entsandtes Auslandspersonal – InS	46	57	-11	-19,3
Gesamt – InS	279	236	43	18,2
Gesamt – GnB + InS	7.964	8.309	-345	-4,2
Nationale Mitarbeiter*innen	15.823	16.221	-398	-2,5
Gesamtpersonalbestand	23.787	24.530	-743	-3,0
Fachkräfte im Entwicklungsdienst	184	224	-40	-17,9
Integrierte Fachkräfte ²	59	74	-15	-20,3
Rückkehrende Fachkräfte ²	24	31	-7	-22,6

¹ ohne Vorstand, Aushilfen, Auszubildende, Praktikant*innen, Beurlaubte etc.

² Arbeitsverhältnis mit lokalen Arbeitgebern in den Partnerländern

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Zum Jahresende 2025 waren 23.787 Mitarbeiter*innen für die GIZ tätig. Gegenüber dem Vorjahresstichtag entspricht dies einem Rückgang um 743 Personen (–3,0 %). Die Abweichung zum Planwert liegt bei 0,6 %.

Die Anzahl der Mitarbeiter*innen mit einem deutschen Arbeitsvertrag ist im GnB um –388 Personen (–4,8 %) gesunken und im Geschäftsbereich InS um 43 Mitarbeiter*innen (+18,2 %) gestiegen. Die Anzahl der Nationalen Mitarbeiter*innen hat sich gegenüber dem Jahresende 2024 um 398 Personen (–2,5 %) verringert. In der Summe der entsandten Auslandsmitarbeiter*innen und Nationalen Mitarbeiter*innen ist ein Rückgang von insgesamt 570 Mitarbeiter*innen zu verzeichnen. Dabei war die Entwicklung in einzelnen Ländern unterschiedlich. In insgesamt 46 Ländern gab es einen Anstieg zu verzeichnen. Die Partnerländer mit dem größten Zuwachs sind Ukraine (+59 Personen), Nigeria (+37 Personen), Tansania (+34 Personen), Mauretanien (+30 Personen) und Ecuador (+23 Personen). In 61 Ländern ist die Anzahl der Mitarbeiter*innen, die vor Ort tätig sind, gesunken.

Darüber hinaus waren 184 Fachkräfte im Entwicklungsdienst (frühere Bezeichnung: Entwicklungshelfer*innen) sowie 59 Integrierte und 24 Rückkehrende Fachkräfte mit einem Arbeitsvertrag bei Organisationen oder Firmen in Partnerländern für die GIZ tätig. Die Anzahl hat sich bei diesen Beschäftigungsgruppen im Laufe des Jahres 2025 deutlich reduziert.

Rahmenbedingungen zur Gehaltsentwicklung

Die aktuelle Anlage 4 (Gehaltsbandbreiten) des Vergütungstarifvertrags wurden seitens des Tarifpartners ver.di zum 31.03.2025 gekündigt. In den Tarifverhandlungen konnten die Tarifparteien bislang keine Einigung erzielen. Folglich wurde im Jahr 2025 keine Tarifierhöhung vorgenommen.

Entwicklung des Einkaufs von Sachgütern und Dienstleistungen

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der weltweiten Vergaben von Dienstleistungs- und Bauverträgen, Sachgüterbestellungen und Finanzierungen durch die GIZ in den Jahren 2025 und 2024 dar.

Vergaben ¹	Ist 2025	Ist 2024	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Dienstleistungsverträge Zentrale	562	543	19	3
Bauverträge Zentrale	6	1	5	500
Finanzierungen Zentrale	814	778	36	5
Sachgüterbestellungen Zentrale	131	173	–42	–24
Summe Zentrale	1.513	1.495	18	1
Dienstleistungsverträge vor Ort	323	246	77	31
Bauverträge vor Ort	19	13	6	46
Finanzierungen vor Ort	59	62	–3	–5
Sachgüterbestellungen vor Ort	72	62	10	16
Summe vor Ort	473	383	90	23
Vergaben gesamt	1.986	1.878	108	6

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

¹ Unter dem Begriff „Vergaben“ wird sowohl die Vergabe öffentlicher Aufträge im Sinne des Vergaberechts § 103 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) als auch die Mittelvergabe im Rahmen von Finanzierungen zusammengefasst.

Im Jahr 2025 hat die GIZ Verträge mit Auftragnehmenden und Finanzierungsempfängern mit einem Gesamtwert von rund 1.986 Mio. € (+6 % im Vergleich zum Vorjahr) abgeschlossen. Das Vergabevolumen beträgt im Verhältnis zum Geschäftsvolumen der GIZ 50 %.

Weltweit hat die GIZ im Jahr 2025 Dienstleistungsverträge mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 885 Mio. € vergeben, davon 562 Mio. € über die Zentrale und 323 Mio. € vor Ort. Dies entspricht rund 45 % des gesamten Vergabevolumens und ist somit der größte Einzelposten unter den Vergaben. Gegenüber dem Vorjahr ist das Volumen der weltweit geschlossenen Dienstleistungsverträge mit Firmen und Einzelpersonen um 12 % gestiegen.

Der zweitgrößte Posten unter den Vergaben im Jahr 2025 waren Finanzierungen mit einem weltweiten Vergabevolumen in Höhe von 873 Mio. €, davon 814 Mio. € in der Zentrale und 59 Mio. € vor Ort. Bei Finanzierungen handelt es sich um einen finanziellen Beitrag der GIZ, mit dem die Empfängerorganisation vorab definierte, eigene Aktivitäten umsetzen kann. Im Vergleich zum Vorjahr ist das weltweite Volumen von Finanzierungen um 4 % gestiegen.

Die regionale Zuordnung von Anbietern und Finanzierungsempfängern über die GIZ-Zentrale vergebenen Verträge stellt sich wie folgt dar:

Die GIZ-Zentrale hat im Jahr 2025 73,8 % aller Leistungsverträge mit in Deutschland ansässigen Unternehmen und 19,2 % aller Leistungsverträge mit in Europa ansässigen Unternehmen geschlossen. Lediglich 7 % aller Leistungsverträge wurden mit außer-europäischen Unternehmen geschlossen.

Bei den Sachgüterbeschaffungen der Zentrale gingen im Jahr 2025 64,9 % an deutsche Unternehmen und 30,1 % an europäische Unternehmen. 5 % aller Sachgüterbeschaffungen hat die GIZ mit nicht-europäischen Unternehmen geschlossen.

Finanzierungen zielen auf die Stärkung von Strukturen und Partnern vor Ort ab. Daher wurden im Jahr 2025 51,7 % aller

Mittel aus Finanzierungsverträgen, die über die Zentrale geschlossen wurden, an nicht-europäische Empfängerorganisationen vergeben. 15,2 % der Mittel gingen an deutsche, 33,1 % an europäische Organisationen, zur Unterstützung ihrer entsprechenden gemeinnützigen Aktivitäten.

Von den im Jahr 2025 weltweit getätigten Sachgüterbeschaffungen mit einem Gesamtwert in Höhe von 203 Mio. € wurden 131 Mio. € durch die GIZ-Zentrale und 72 Mio. € in den Landesbüros getätigt. Die weltweiten Sachgüterbeschaffungen sind gegenüber dem Jahr 2024 um 14 % gesunken.

Die GIZ hat im Jahr 2025 weltweit Bauverträge mit einem Gesamtwert von 25 Mio. € abgeschlossen. Das Volumen ist damit gegenüber dem Vorjahr um 79 % gestiegen.

Entwicklung des Gesamtvergabevolmens (inkl. Finanzierungen) im Verhältnis zum Geschäftsvolumen

Der Anteil des Gesamtvergabevolmens (inkl. Finanzierungen) am Geschäftsvolumen der GIZ ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen (+ 2,7 %). Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung seit dem Jahr 2020.

Gesamtvergabevolmen	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Geschäftsvolumen	3.327	3.701	3.991	3.968	3.968	3.969
Gesamtvergaben	1.838	2.397	2.099	1.947	1.878	1.986
Gesamtvergaben im Verhältnis zum Geschäftsvolumen	55,3 %	64,8 %	52,6 %	49,1 %	47,3 %	50,0 %

Entwicklung der weltweiten Dienstleistungsvergaben an Unternehmen (in Mio. €)

Die zentralen Dienstleistungsvergaben an Unternehmen betragen im Jahr 2025 501 Mio. €. Dies entspricht einem Anstieg von 4,4 % gegenüber dem Vorjahr. Die dezentralen Dienstleistungsvergaben an Unternehmen betragen im Jahr 2025 254 Mio. €. Dies entspricht einem Anstieg von 31,6 % gegenüber dem Vorjahr. In Summe belaufen sich die weltweiten Dienstleistungsvergaben an Unternehmen auf 755 Mio. €. Dies entspricht einem Anstieg von 12,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der weltweiten Dienstleistungsvergaben an Unternehmen im Zeitraum 2020 bis 2025.

Vergaben an Dienstleistungsunternehmen	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Zentrale Vergaben an Dienstleistungsunternehmen	424	507	492	509	480	501
Dezentrale Vergaben an Dienstleistungsunternehmen	151	253	228	209	193	254
Weltweite Vergaben an Dienstleistungsunternehmen	575	760	720	718	673	755

Entwicklung der weltweiten Dienstleistungsvergaben an Unternehmen anteilig zum Geschäftsvolumen

Die weltweiten Dienstleistungsvergaben an Unternehmen anteilig zum Geschäftsvolumen betragen im Jahr 2025 19,0 %. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einen Anstieg von 2,0 %.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der weltweiten Dienstleistungsvergaben an Unternehmen anteilig zum Geschäftsvolumen im Zeitraum 2020 bis 2025.

Vergaben an Dienstleistungsunternehmen	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Geschäftsvolumen	3.327	3.701	3.991	3.968	3.968	3.969
Weltweite Vergaben an Dienstleistungsunternehmen	575	760	720	718	673	755
Weltweite Vergaben an Dienstleistungsunternehmen im Verhältnis zum Geschäftsvolumen	17,3 %	20,5 %	18,0 %	18,1 %	17,0 %	19,0 %

IV. Anteil von Frauen im Vorstand, in den Leitungsebenen 1 und 2, im Aufsichtsrat und Kuratorium

a. Anteil von Frauen im Vorstand

Laut Gesellschaftsvertrag der GIZ soll der Anteil von Frauen im Vorstand mindestens 40 % betragen. Solange dieser Anteil nicht erreicht ist, soll der Aufsichtsrat bei Vorliegen von gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach umfassender Einzelfallabwägung Frauen bevorzugt berücksichtigen.

Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der GIZ sieht vor, dass der Anteil von Frauen ebenso wie von Männern im Vorstand 50 % betragen und bei einer ungeraden Anzahl der Vorstandsmitglieder das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen nur einen Sitz betragen soll.

Im Berichtszeitraum gehörten dem Vorstand ein Mann und zwei Frauen an. Dies entspricht einem Frauenanteil von 66,7 %.

b. Anteil von Frauen in den Leitungsebenen 1 und 2

Nach Ziff. 7.1 PCGK ist die Entwicklung des Frauenanteils in Führungspositionen auch in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsleitung darzustellen. Betrachtet werden dabei alle Führungskräfte für Organisationseinheiten der GIZ unabhängig von ihrer Eingruppierung in Vergütungsbänder. Führungskräfte der Leitungsebene 1 sind dabei unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Führungskräfte der Leitungsebene 2 sind unmittelbar Führungskräften der Leitungsebene 1 unterstellt.

Für den Frauenanteil in den Leitungsebenen 1 und 2 unter dem Vorstand sind Quoten nach dem Führungspositionengesetz festgelegt. Nach einer Vorstandsentscheidung im Jahr 2022 betragen die Quoten: 50 % Anteil von Frauen in der Leitungsebene 1 und 48 % Anteil von Frauen in der Leitungsebene 2. Die Quoten werden für fünf Jahre festgelegt.

Der Anteil an Frauen in der Leitungsebene 1 betrug zum 31.12.2025 52,6 % (10 Frauen). In der Leitungsebene 2 betrug der Frauenanteil 53,7 % (44 Frauen). Insgesamt ergibt sich damit ein Frauenanteil in den beiden Leitungsebenen in Höhe von 53,5 % (54 Frauen).

c. Anteil von Frauen im Aufsichtsrat

Ziff. 6.2.1 PCGK sieht vor, dass das Überwachungsorgan so zusammengesetzt sein soll, dass die ggf. bestehenden gesetzlichen Quoten bzw. freiwillig oder aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen gesetzten internen Ziele zur Zusammensetzung, insbesondere hinsichtlich der Qualifikation und der gleichberechtigten Teilhabe der Geschlechter, erreicht werden. Die Gesellschafterin hat zudem bei der Bestellung der Mitglieder das Bundesgremienbesetzungsgesetz zu beachten.

Der Aufsichtsrat der GIZ hat insgesamt bis zu 20 Mitglieder. Die zehn Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter setzen sich aus 6 Frauen und 4 Männern zusammen. Der Anteil der Frauen unter den 10 Mitgliedern, die von der Gesellschafterin bestellt wurden, lag zu Beginn des Jahres 2025 bei 5 Frauen und 5 Männern und betrug damit seitens der Anteilseigner 50 %. Nach diversen unterjährigen Nachbesetzungen sowie einer Mandatsniederlegung zum 22.11.2025 lag der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat am Stichtag 31.12.2025 bei 52,6 %.

d. Anteil von Frauen im Kuratorium

Die GIZ hat gemäß § 24 des Gesellschaftsvertrags ein Kuratorium mit bis zu 40 Mitgliedern.

Das Kuratorium umfasste zum Stichtag 31.12.2025 34 Mitglieder, die sich aus 15 Frauen und 19 Männer zusammensetzten. Dies entspricht einem Frauenanteil von 44,1 %. Somit ist der Anteil von Frauen im Kuratorium im Vergleich zum Vorjahr (2024: 46,2 %) gesunken. Verschiedene, derzeit noch ausstehende Ab- und Neuberufungen können zu einer Anteilsveränderung führen.

Frauenanteil in %	31.12.2025	31.12.2024	Zielwert
Vorstand	66,7	66,7	50
Leitungsebenen 1 und 2	53,5	50,0	50/48
Aufsichtsrat	52,6	50,0	50
Kuratorium	44,1	46,2	

V. Ausblick

a. Geplante Geschäftsentwicklung

Die Plan- und Vorschauwerte der Auftragseingänge und Einnahmen beruhen auf den gegenwärtigen Einschätzungen des Vorstands zur Geschäftsentwicklung. Diese berücksichtigen den Bundeshaushalt 2026 (auf Basis der Haushaltsbereinigungssitzung am 13.11.2025), die mittelfristige Finanzplanung des Bundes und die Ergebnisse des institutionellen und operativen Dialogs mit den Auftraggebern im Gemeinnützigen Bereich (GnB) sowie den Auftragsbestand und die aktuelle Akquisitionspipeline im steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbereich (InS).

Auftragseingänge		Ist 2025	Plan 2026	Vorschau 2027	Vorschau 2028
GnB	in Mio. €	3.282	3.111	3.083	3.246
InS	in Mio. €	264	310	320	320
Summe	in Mio. €	3.546	3.421	3.403	3.566
Einnahmen GnB	in Mio. €	3.674	3.461	3.172	3.008
Gesamtleistung InS	in Mio. €	295	316	323	350
Geschäftsvolumen	in Mio. €	3.969	3.777	3.495	3.359
Steuerungskennzahl	in %	12,3	12,8	12,4	12,0
Betriebsergebnis InS	in Mio. €	3,8	2,3	2,4	3,0
Jahresergebnis InS	in Mio. €	3,6	1,8	1,8	2,2

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Auftragseingänge GnB

Im GnB werden für das Jahr 2026 Auftragseingänge in Höhe von 3.111 Mio. € geplant. Dieser Planansatz liegt um 171 Mio. € (5 %) unter dem Ist 2025 und zeigt sich beim Geschäftsfeld BMZ, da sich insbesondere die Haushaltsansätze der für die GIZ-relevanten Titel reduzieren.

Gegenüber dem Ist 2025 werden im Geschäftsfeld BMZ um 237 Mio. € (8 %) niedrigere Auftragseingänge erwartet, die nicht nur auf geringere Auftragseingangserwartungen aus Haushaltsmitteln, sondern auch im Rahmen von Kofinanzierungen zurückzuführen sind. Ursächlich dafür sind vor allem die Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung (VE) des TZ-Titels sowie geringere Beauftragungen im Rahmen von Kofinanzierungen, die sich u. a. auch im VE-Rückgang begründen.

Im Geschäftsfeld DÖAG wird ein Anstieg erwartet: Die geplanten Auftragseingänge liegen mit 350 Mio. € um 79 Mio. € (29 %) über dem Ist 2025. Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der Aufträge nicht wie ursprünglich angenommen im Jahr 2025 einging, sondern nun im Jahr 2026 erwartet wird. Zudem resultiert die Erhöhung daraus, dass die GIZ bestrebt ist, weitere Aufträge aus Haushaltsmitteln zu akquirieren und das Kofinanzierungsniveau stabil zu halten.

Für das Vorschaujahr 2027 muss insbesondere aufgrund von Reduzierungen der Auftragseingänge aus Haushaltsmitteln der DÖAG von einem weiteren Rückgang auf 3.083 Mio. € ausgegangen werden (–28 Mio. € bzw. –1 % gegenüber dem Plan 2026). Für das Jahr 2028 gehen die Einschätzungen davon aus, dass die Verpflichtungsermächtigungen des TZ-Titels wieder das Niveau von 2024 mit rd. 1,8 Mrd. € erreichen; zudem werden aus Kofinanzierungen Dritter zu BMZ-Vorhaben wieder höhere Beauftragungen erwartet. Der Vorschauwert 2028 liegt mit 3.246 Mio. € um rd. 163 Mio. € (5 %) über dem Vorschauwert 2027.

Auftragseingänge InS

InS plant für das Geschäftsjahr 2026 Auftragseingänge in Höhe von 310 Mio. €. Dieser Wert liegt um 46 Mio. € (15 %) über dem Ist 2025. In den Jahren 2027 und 2028 werden Auftragseingänge in Höhe von 320 Mio. € erwartet.

Geschäftsvolumen

Für das Jahr 2026 plant die GIZ ein Geschäftsvolumen in Höhe von 3.777 Mio. €, das Einnahmen im GnB in Höhe von rd. 3.461 Mio. € und eine Gesamtleistung von InS in Höhe von rd. 316 Mio. € beinhaltet. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Ist 2025 um knapp 5 %, der sich im Geschäftsbereich GnB zeigt. Für die Folgejahre wird mit 3.494 Mio. € im Jahr 2027 und 3.359 Mio. € im Jahr 2028 weiterhin ein rückläufiges Geschäftsvolumen erwartet. Die Details zu diesen Entwicklungen werden in den folgenden beiden Abschnitten beschrieben.

Einnahmen im gemeinnützigen Geschäftsbereich

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Einnahmen im GnB in den Jahren 2025 bis 2028 im Detail:

Einnahmen	Ist 2025	Plan 2026	Vorschau 2027	Vorschau 2028
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
BMZ	3.194	2.951	2.752	2.662
davon TZ-Titel	1.732	1.702	1.578	1.531
davon Sonderinitiativen	435	376	322	273
davon übrige BMZ-Titel	258	190	202	208
davon Kofinanzierungen Dritter	769	683	650	650
DÖAG	443	474	389	321
davon Haushaltsmittel	382	397	331	272
davon Kofinanzierungen Dritter	61	77	58	49
Sonstige Geschäftsfelder	37	37	31	25
GnB gesamt	3.674	3.462	3.172	3.008

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Insgesamt liegen die für das Jahr 2026 geplanten Einnahmen bei 3.462 Mio. € und damit 212 Mio. € (6 %) unter dem Ist 2025. Im Geschäftsfeld BMZ werden für das Jahr 2026 Einnahmen in Höhe von 2.951 Mio. € geplant. Abgeleitet aus den Baransätzen der Haushaltstitel gemäß Haushalt 2026 bzw. Mittelfristiger Finanzplanung reduzieren sich die Einnahmen aus Haushaltsmitteln im Vergleich zu 2025. Der Plan 2026 im Geschäftsfeld DÖAG liegt, u. a. resultierend aus den hohen Auftragseingängen der Vorjahre, mit 474 Mio. € über dem Ist 2025.

Maßgeblich für die geplanten Einnahmen 2026 sind folgende Entwicklungen im GnB:

- Der Baransatz des TZ-Titels soll sich gegenüber dem Jahr 2025 deutlich um 96 Mio. € (5 %) auf 1.742 Mio. € reduzieren. Unter Berücksichtigung eines Anteils von 40 Mio. € für andere staatliche TZ-Durchführungsorganisationen (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe [BGR] und Physikalisch-Technische Bundesanstalt [PTB]) erwartet die GIZ im Jahr 2026 Einnahmen in Höhe von 1.702 Mio. €. Gegenüber dem Ist 2025 entspricht dies einem Rückgang um 30 Mio. € (2 %).
- Die Baransätze der Sonderinitiativen sinken in Summe im Haushalt 2026 gegenüber dem Haushalt 2025. Dementsprechend wird in diesen Titeln mit sinkenden Einnahmen gerechnet, ausgenommen die Sonderinitiative (SI) „Geflüchtete und Aufnahmeländer“, für die der Baransatz im Haushalt stabil bleibt.
- Die GIZ ist bestrebt, den sehr erfolgreichen Wachstumspfad im Bereich der Kofinanzierungen fortzuführen. Allerdings wird sich der Mittelrückgang im TZ-Titel auch auf die Kofinanzierungspotenziale auswirken: Gehen die Aufträge aus dem TZ-Titel zurück, reduzieren sich die Andockmöglichkeiten für Kooperationsvorhaben.
- Die geplanten, hohen Einnahmen im Geschäftsfeld DÖAG resultieren insbesondere aus den hohen Auftragseingängen früherer Jahre.

Ausgehend von den Entwicklungen der Mittelfristigen Finanzplanung des Bundes und den Auftragseingängen werden für die Vorschaujahre weiter signifikant sinkende Einnahmen erwartet: Für das Jahr 2027 wird von Einnahmen in Höhe von 3.172 Mio. € ausgegangen (–290 Mio. € bzw. –8,4 % gegenüber dem Plan 2026), die sich im Jahr 2028 weiter auf 3.008 Mio. € reduzieren. Verglichen mit dem Ist 2025 muss bis zum Jahr 2028 von einer signifikanten Reduzierung der Einnahmen um 666 Mio. € bzw. 18,1 % ausgegangen werden.

Gesamtleistung InS

Für das Jahr 2026 plant InS eine Gesamtleistung in Höhe von 316 Mio. €. Dies entspricht einer Steigerung um 21 Mio. € (7 %) im Vergleich zum Ist 2025. Der Anstieg ist auf die hohen Auftrags-eingänge in den Vorjahren und daraus resultierende Projektumsetzungen zurückzuführen. Für die Jahre 2027 und 2028 rechnet InS aufgrund der aktuellen und erwarteten Portfolioentwicklung mit einer Gesamtleistung in Höhe von 323 Mio. € bzw. 350 Mio. €.

Die Planung für das Jahr 2026 weist ein Jahresergebnis, das Zinsen und Steuern beinhaltet, in Höhe von 1,8 Mio. € aus. Für die Jahre 2027 und 2028 strebt InS ein Jahresergebnis in Höhe von 1,8 Mio. € bzw. 2,2 Mio. € an.

Steuerungskennzahl

Bei rückläufigen Einnahmen und gleichzeitig weiterhin hohem Mittelbedarf zum Ausbau der Digitalisierung ergibt sich für den Planwert im Jahr 2026 – ausgehend von den für das Jahr 2025 prognostizierten und den für die Folgejahre erwarteten Einnahmen – eine Steuerungskennzahl in Höhe von 12,8 %. Dieser Wert liegt um 0,5 %-Punkte über dem Ist 2025. Die Erhöhung ist überwiegend auf die voraussichtlich sinkenden Einnahmen zurückzuführen. Bis zum Jahr 2028 soll die Steuerungskennzahl schrittweise auf 12,0 % zurückgeführt werden, so dass die durch den Aufsichtsrat vorgegebene Obergrenze wieder eingehalten würde.

b. Prognose zum erwarteten Ressourceneinsatz

Entwicklung des Personalbestandes

Der gesamte Personalbestand der GIZ geht im Jahr 2026 gegenüber 2025 voraussichtlich um etwa 2,8 % zurück. Nach dem Anstieg der Beschäftigtenzahl bis zum Jahr 2024 schlagen sich die seit 2024 sinkenden Einnahmen im Gemeinnützigen Bereich auf den Personalbestand nieder. Es wird erwartet, dass sich dieser Trend in den Jahren 2026, 2027 und 2028 weiter fortsetzt. Der Aufsichtsrat der GIZ hat in seiner Sitzung vom 12.12.2024 entschieden, dass diese Personalbewegung nicht allein durch natürliche Fluktuation erreicht werden soll, sondern zum Erhalt von Liefer- und Leistungsfähigkeit das vorzeitige Ausscheiden von Mitarbeitenden auf der Basis doppelter Freiwilligkeit ermöglicht wird. Im Einzelnen verweisen wir zum Freiwilligenprogramm auf Abschnitt „I. c. Freiwilligenprogramm“.

Personalbestand	Ist 2025	Plan 2026	Vorschau 2027	Vorschau 2028
Strukturpersonal Inland ¹	2.853	2.680	2.493	2.323
Projektpersonal Inland	2.787	2.742	2.499	2.379
Entsandtes Auslandspersonal	2.324	2.259	2.056	1.956
MTV- oder TVöD-beschäftigtes Personal¹	7.964	7.681	7.048	6.658
Nationale Mitarbeiter*innen	15.823	15.445	14.291	13.736
Gesamtpersonalbestand¹	23.787	23.126	21.339	20.394

¹ ohne Vorstand, ohne Auszubildende

Entwicklung des Einkaufs von Sachgütern und Dienstleistungen

Eine detaillierte Prognose ist nur eingeschränkt möglich. Der Umfang, in dem Sachgüter-, Bau- und Dienstleistungsverträge sowie Finanzierungen innerhalb eines Geschäftsjahres abgeschlossen werden, resultiert jeweils aus den spezifischen Anforderungen der Projekte. Grundsätzlich ist die Geschäftsentwicklung maßgeblich für die Entwicklung der Vergaben.

c. Chancen und Risiken

Chancen

Die GIZ ist in einem aktuell sehr herausfordernden Umfeld tätig, wie die sich in den letzten Jahren zum Teil rasant verändernden Rahmenbedingungen zeigen. Zugleich lassen sich Chancen identifizieren, deren Nutzung im Fokus der Anstrengungen der GIZ in den nächsten zwei Jahren stehen wird.

- Die GIZ verfügt über langjährige Erfahrung in der Kooperation mit der Wirtschaft, die sie im Sinne eines doppelten Nutzens – sowohl als Beitrag zur nachhaltigen Transformation in den Partnerländern als auch zur Förderung deutscher Interessen – weiter ausbauen wird. Dazu arbeitet die GIZ mit neuen Partnern wie Euler Hermes zusammen, der deutschen Exportkreditagentur, mit der eine neue Kooperationsvereinbarung abgeschlossen wurde.
- Im vergangenen Jahr wurde außerdem die Zusammenarbeit mit internationalen Finanzsektor-Akteuren verstärkt. Dabei konnte die GIZ insbesondere auf ihre Erfahrung im Bereich der nachhaltigen Finanzierung sowie Unterstützung von Unternehmen in unseren Partnerländern zurückgreifen. Die anvisierten Rollen der GIZ sind dabei vielfältig. Diese können etwa die Beratung bei Fonds, das Matchmaking bei Investitionen oder aber auch den Aufbau von Projekt-Pipelines umfassen. Nachdem nun 2025 vielversprechende Vereinbarungen mit diversen Finanzinstitutionen getroffen wurden, liegt der Fokus in der Umsetzung selbiger.
- Die Landschaft der Internationalen Klimafinanzierung entwickelt sich beständig weiter. Wichtigster Geber bleibt hier der *Green Climate Fund* (GCF), für den die GIZ derzeit 12 Projekte mit einem Volumen von ca. 500 Mio. € umsetzt (davon ca. 430 Mio. € GCF-Beitrag). Zukünftiges Geschäftspotenzial liegt hier vor allem in Vorhaben zur Klimaanpassung in fragilen Staaten insbesondere in Afrika und im Nahen Osten. Darüber hinaus eröffnet der Fund for responding to Loss and Damage (FRLD) der GIZ die Möglichkeit, unter bestimmten Umständen als „Access Entity“ in der Vorbereitung, Steuerung und Umsetzung eines Förderantrags

des Landes tätig zu werden. Neue Geschäftspotenziale bestehen auch im Bereich der globalen Kohlenstoffmärkte, in denen Nachfrage nach qualitativ hochwertigen und evidenzbasierten finanzreifen Projekten für Treibhausgas-minderungsmaßnahmen seitens internationaler Geberländer besteht. Hier bieten sich auch der GIZ mit ihrer ausgewiesenen Fach- und Umsetzungsexpertise wichtige Chancen.

- Die GIZ konzentriert sich 2026 außerdem auf den systematischen Ausbau ihrer Datenkompetenz und die Nutzung der damit verbundenen technologischen und geschäftspolitischen Chancen. Dazu werden eine Datenstrategie und eine verbindliche Data-Governance erarbeitet sowie die dafür notwendigen technischen Voraussetzungen weiterentwickelt, um Daten zur Steuerung von Prozessen und unserer Wirkungen und in der Leistungserbringung zu nutzen. Die GIZ baut dabei auf hochrelevante Umsetzungserfahrungen, etwa beim Einsatz von KI-Anwendungen und der Beratung von Regierungen zur Nutzung von Daten und KI.
- Der Dreiklang aus Außen-, Entwicklungs-, und Verteidigungspolitik ist ein politischer Schwerpunkt der Bundesregierung, für dessen Umsetzung die GIZ eine zentrale Rolle spielen kann (s. Koalitionsvertrag, BMZ-Reformprozess). Um diese Chance gut zu nutzen, fokussiert die GIZ 2026 eine strukturiertere und systematischere Bearbeitung des Querschnittsthemas integrierte Sicherheit. Dabei werden auch Schnittstellen zu anderen Themen, die sich aus den verschiedenen Aspekten eines breiten Sicherheitsbegriffs ergeben (etwa wirtschaftliche Sicherheit, Rohstoffsicherheit oder Wasser und Sicherheit) in den Blick genommen. Die Positionierung im politischen Raum und mit den Auftraggebern ist dabei zentral.

Risiken

Das Risikomanagement-System der GIZ fördert den bewussten Umgang mit Risiken und ermöglicht eine standardisierte Risikoer- und -befassung. Es beschreibt Grundsätze, Prozesse und Rollen zum aktiven Umgang mit Risiken. Halbjährlich werden unternehmensweit Risiken erhoben; unabhängig von dieser Abfrage können die Organisationseinheiten jederzeit Ad-hoc-Risiken melden. Der Vorstand der GIZ wird halbjährlich über die Risikosituation informiert und veranlasst über die regelmäßige gremiale Befassung zur Risikosituation (u. a. im Risiko- und Compliance-Kreis) notwendige Maßnahmen. Der Aufsichtsrat erhält Kenntnis im Rahmen der Quartalsberichterstattung.

Für die Jahre 2026 ff. liegt eine besondere Aufmerksamkeit auf folgenden unternehmensweiten Risiken und Herausforderungen:

- Bei den Geberländern setzt sich der Rückgang der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit weiter fort. Die Eckwerte der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2029 und der Bundeshaushalt 2026 bestätigen den erwarteten Mittelrückgang ebenfalls. Insbesondere für die Folgejahre werden die weiteren Kürzungen in den ODA-Mitteln Auswirkungen auf das Unternehmen haben. Die GIZ hat mit der Umsetzung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit unter den sich abzeichnenden rückläufigen Einnahmen begonnen. Durch unternehmensweite Einsparvorgaben sowie Abbau von Personal sollen die (Struktur-)Kosten gesenkt werden.
- Im Zuge der Einführung des SAP-Systems S/4HANA standardisiert und digitalisiert die GIZ ihre wesentlichen Geschäftsprozesse. Zum Go-Live am 1. Januar 2026 wurde ein Minimum Viable Product (MVP) des S/4HANA-Systems in Betrieb genommen. Das MVP stellt zunächst eine Startversion mit den für die Betriebsfähigkeit erforderlichen Grundfunktionen dar. Der Vorstand hat die Durchführung des planmäßigen Go-Live entschieden. Diese Entscheidung basiert auf verschiedenen, unabhängigen Empfehlungen, die den planmäßigen Go-Live als beste Option bewertet haben. Mit dem Go-Live traten vorübergehende Einschränkungen in geschäftskritischen Prozessen auf. Ursachen waren Verzögerungen

in der Datenmigration, eingeschränkte Systemfunktionalitäten sowie eine noch nicht abgeschlossene Qualifizierung der Mitarbeitenden. Die Funktionsfähigkeit der abgebildeten Prozesse ist grundsätzlich gegeben. Mittelfristig zeigen sich jedoch Bearbeitungsrückstände bei Vertragsabschlüssen und Rechnungszahlungen, Qualitätsrisiken in der Buchhaltung sowie Auswirkungen auf die Projektumsetzung und Lieferfähigkeit. Diesen Risiken wird durch geeignete Maßnahmen begegnet. Die Hypercare-Phase, ein intensiver Systembetreuungszeitraum unmittelbar nach Go-Live, wurde mit erweiterten Unterstützungsstrukturen bis zum 31. Mai 2026 verlängert, um die Systemstabilität vor Übergang in den Regelbetrieb sicherzustellen. Weitere wesentliche Funktionalitäten zur Prozessbeschleunigung und Nutzungserleichterung werden fortlaufend aktiviert. Weiterführende finanzielle, rechtliche und Reputationsrisiken für das Unternehmen sind nicht auszuschließen, sollten die Mitigationsmaßnahmen nicht wie geplant greifen.

- Durch zunehmende Digitalisierung nehmen Bedrohungsszenarien an Komplexität zu und erhöhen die Anforderungen an den Schutz von Informationen und Daten. Der Reifegrad des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) wird kontinuierlich erhöht, dennoch können IT-Sicherheitsvorfälle auftreten, die erhebliche Schäden verursachen oder das Unternehmen zu kurzfristigen, weitreichenden Maßnahmen wie dem Abschalten betroffener Systeme zwingen. Solche Vorfälle könnten die Leistungserbringung erheblich beeinträchtigen. Die GIZ sensibilisiert die Mitarbeitenden regelmäßig zu Bedrohungen und überwacht die Bedrohungslage über den Bereich DIGITS.
- Strukturelle Fragilität und Konflikte prägen die Rahmenbedingungen in etwa ⅓ der Länder und Regionen, in denen die GIZ tätig ist. Aus unterschiedlichen Krisenkontexten resultieren insbesondere Sicherheits- und Personalrisiken ([psychische] Gesundheit von Mitarbeiter*innen), aber auch politische, strategische und kaufmännische Risiken. Neben dem weiterhin andauernden Krieg in der Ukraine sowie der Eskalation in der Region des Mittleren und Nahen Ostens bedrohen weitere Konflikte die Sicherheitslage, u. a. in der Demokratischen Republik Kongo, in Myanmar, Afghanistan, Somalia, Mali, Niger, Südsudan und Syrien. In

weiteren 24 Ländern besteht ein erhöhtes Eskalationspotenzial. Zudem besteht das Risiko, dass sich bestehende Konflikte auf Nachbarländer ausweiten und ganze Regionen destabilisieren (z. B. in der Sahelzone). Die GIZ verfügt über ein professionelles Sicherheitsrisiko- und Krisenmanagement, um Risiken vorausschauend zu minimieren und die Leistungserbringung in fragilen Kontexten und Hochrisikoländern zu gewährleisten. Die Fürsorgepflicht für die Mitarbeiter*innen hat im Krisenmanagement höchste Priorität. Im Krisenfall findet eine intensive Kommunikation mit den Auftraggebern statt. Aufwendungen für diese Risiken werden aufgrund von Erfahrungswerten in der jährlichen Planungsrechnung berücksichtigt. Konkretisierten Risiken wurde durch bilanzielle Vorsorge Rechnung getragen.

Fernsteuerung kann einerseits Sicherheitsrisiken für Mitarbeiter*innen in Krisenkontexten sowie politische Risiken reduzieren. Andererseits erhöht Fernsteuerung kaufmännische und Compliance-Risiken und erfordert daher zusätzliche Maßnahmen, um diese zu reduzieren. Das Risiko- und Compliance-Management-System und Interne Kontrollsystem der GIZ erfassen und adressieren Fernsteuerung systematisch als Risikofaktor, machen risikobasiert Vorgaben auf Länderebene (z. B. erhöhte Prüfdichte in der Internen Kontrollen) und monitoren deren Einhaltung. Ein Orientierungspapier „Umsetzung in Fernsteuerung“, welches auch als interner Leitfaden dient, wurde erarbeitet und mit dem BMZ abgestimmt. In 2026 soll eine weitere überarbeitete Version des Orientierungspapiers erstellt werden, die die Entwicklungen im Zuge der Einführung von S/4HANA berücksichtigt und zusätzliche Best-Practice-Beispiele aufnimmt. Den im Rahmen dieser Maßnahmen konkretisierten Risiken wurde durch bilanzielle Vorsorge in den Rückstellungen für Gewährleistungen und Preisrisiken Rechnung getragen.

- Der Krieg zwischen den USA/Israel und Iran hat signifikante Implikationen für die Sicherheitslage im Nahen und Mittleren Osten und damit auch für die GIZ. Die GIZ-Landesbüros in der Region haben ihre Notfallpläne ausgelöst. Aus dem Irak und Libanon wurde das entsandte Personal vollständig geordnet abgezogen; in den Palästinensischen Gebieten wurde die Präsenz des entsandten Personals deutlich reduziert; aus Jordanien wurden

Familienangehörige des entsandten Personals vollständig geordnet abgezogen und die Präsenz des entsandten Personals deutlich reduziert. Reisen nach Syrien waren zwischenzeitlich ausgesetzt, laufen aktuell aber wieder an. Weiterhin bleiben die Büros in einigen Ländern geschlossen und Kolleg*innen arbeiten mobil. Die Umsetzung von Projekten wird fortgesetzt, soweit es die Sicherheitslage zulässt.

→ Für ein Darlehen zur Immobilienfinanzierung in Eschborn (Inanspruchnahme am Bilanzstichtag in Höhe von 228 Mio. €) wurde ein variables Darlehen mit Zinsswap-Vereinbarungen zur Zinssicherung abgeschlossen. Der vereinbarte variable Zins wurde für jede Zinsabrechnungsperiode der Kreditlaufzeit durch Zinsswaps, angepasst an den Tilgungsplan, abgesichert, welche jeweils eine Bewertungseinheit mit dem Darlehen bilden. Im Rahmen der Zinsswap-Vereinbarung werden die variablen Zinsaufwendungen für die aufgenommenen Immobiliendarlehen dadurch in Festzinsszahlungen transformiert. Mit Blick auf die Gesamtlaufzeit des Darlehens (längstens bis 2055) ergibt sich ein sog. synthetisches Festzinsdarlehen. Finanzielle Risiken werden dadurch nicht gesehen, nur bei einer vorzeitigen Ablösung der Darlehen können – abhängig von dem zu diesem Zeitpunkt relevanten Zinsniveau – Gewinne oder Verluste entstehen.

→ Die Altersversorgungssysteme der GIZ werden regelmäßig im Hinblick auf Veränderungen in den versicherungsmathematischen Parametern, der tatsächlichen Lebenserwartungen sowie der Entwicklung des Mindest- bzw. Kassenvermögens für die an die Deutscher Pensionsfonds AG bzw. GIZ Unterstützungskasse GmbH ausgelagerten Altersversorgungsverpflichtungen untersucht. Aktuell werden im Prognosezeitraum keine Nachschusrisiken gesehen.

Im Rahmen der unterjährigen Prognosen werden die Auswirkungen der oben genannten Risiken auf die Geschäftsentwicklung analysiert und bewertet. Als Ergebnis der Analyse der Chancen und Risiken, der Gegenmaßnahmen, Absicherungen und Vorsorgen sind auf Basis der gegenwärtigen Risikobewertung keine bestandsgefährdenden Risiken vorhanden.

Nichtfinanzielle Erklärung

Die Informationen zur nichtfinanziellen Erklärung im Sinne des § 289b HGB sind über die Internetseite des integrierten Unternehmensberichtes der GIZ abrufbar. Wir erfüllen mit diesem Bericht die Anforderungen der Global Reporting Initiative und des UN Global Compact. Der integrierte Unternehmensbericht kann unter <https://berichterstattung.giz.de> abgerufen werden. Zudem berichten wir alle zwei Jahre entsprechend dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex.

Bonn/Eschborn, 26. Mai 2026

Der Vorstand

Thorsten Schäfer-Gümbel
Vorstandssprecher

Anna Sophie Herken
Vorstandsmitglied

Ingrid-Gabriela Hoven
Stellvertretende
Vorstandssprecherin

02

Jahresabschluss
2025

Bilanz zum 31. Dezember 2025**Aktiva**

	Anhang	31.12.2025	31.12.2024
		in €	in T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(1)		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.176.591,48	1.829
2. Geleistete Anzahlungen		0,00	0
II. Sachanlagen	(1)		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		515.632.943,32	274.326
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		20.972.296,00	22.931
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0,00	173.910
III. Finanzanlagen	(2)		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		25.000,00	25
2. Beteiligungen		539.862,01	540
3. Wertpapiere des Anlagevermögens		202.667.845,23	202.668
4. Sonstige Ausleihungen		50.254,20	78
		741.064.792,24	676.307
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	(3)		
1. Noch nicht abgerechnete Leistungen		264.349.659,34	35.828
2. Geleistete Anzahlungen		978.475.985,44	1.067.652
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(4)		
1. Forderungen aus Leistungen		174.563.082,37	125.093
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		162,79	0
3. Vermögen in den Projekten		312.861.051,54	212.219
4. Sonstige Vermögensgegenstände		127.396.882,39	137.746
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten		971.219.845,56	1.062.516
		2.828.866.669,43	2.641.054
C. Rechnungsabgrenzungsposten		13.957.339,42	13.801
		3.583.888.801,09	3.331.162
Vermerkposten	(9)		
Treuhandvermögen 677.791 € (i. Vj. T€ 1.672)			

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (T€) auftreten.

Passiva

	Anhang	31.12.2025		31.12.2024	
		in €		in T€	
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	(5)	20.452.000,00		20.452	
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen		-11.759.713,27		-11.760	
Eingefordertes Kapital			8.692.286,73	8.692	
II. Kapitalrücklage	(5)		5.112.918,81	5.113	
III. Gewinnrücklagen					
Satzungsmäßige Rücklagen	(6)		473.943.489,43	453.967	
IV. Bilanzgewinn			0,00	0	467.773
B. Rückstellungen	(7)				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			85.800.167,00	139.390	
2. Steuerrückstellungen			1.422.728,54	1.664	
3. Sonstige Rückstellungen			265.710.452,91	223.478	364.532
C. Verbindlichkeiten	(8)				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			228.487.532,93	224.063	
2. Erhaltene Anzahlungen			2.369.111.730,79	2.173.663	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			72.434.946,46	70.529	
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			3.458.066,52	14.671	
5. Sonstige Verbindlichkeiten			69.381.583,90	15.366	2.498.292
– davon aus Steuern 13.347.926 € (i. Vj. T€ 15.545)					
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 0 € (i. Vj. T€ 0)					
D. Rechnungsabgrenzungsposten				332.897,07	565
				3.583.888.801,09	3.331.162
Vermerkposten	(9)				
Treuhandvermögen 677.791 € (i. Vj. T€ 1.672)					

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

	Anhang	2025		2024
		in €		in T€
1. Umsatzerlöse	(10)	3.799.508.040		3.928.898
2. Veränderung des Bestands an noch nicht abgerechneten Leistungen		228.521.591		- 7.956
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	(1)	655.821		627
Gesamtleistung			4.028.685.452	3.921.569
4. Sonstige betriebliche Erträge	(11)		67.420.932	18.305
5. Materialaufwand	(12)			
a) Aufwendungen für bezogene Waren		212.415.139		200.843
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		2.012.960.408	2.225.375.546	1.934.444
2.135.287				
6. Personalaufwand	(13)			
a) Löhne und Gehälter		1.327.496.386		1.303.307
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung – davon für Altersversorgung: 96.248.615 € (i. Vj. 104.612.108 €)		312.418.604	1.639.914.990	315.275
1.618.582				
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			19.296.340	18.813
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(14)		197.736.774	134.795
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			5.527	8
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(15)		16.259.337	17.242
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(16)		9.164.743	9.992
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(17)		409.076	891
13. Ergebnis nach Steuern			20.473.778	38.766
14. Sonstige Steuern			497.611	438
15. Jahresergebnis			19.976.167	38.328
16. Einstellung in die satzungsmäßigen Rücklagen			-19.976.167	- 38.328
17. Bilanzgewinn			0	0

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€) auftreten.

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn/Eschborn, ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2025 eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 Handelsgesetzbuch (HGB). Der Jahresabschluss der GIZ ist nach den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften sowie den ergänzenden Vorschriften des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurde in der Bilanz der Posten „Vermögen in den Projekten“ aufgenommen. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren. Die gesetzlich geforderten Angaben zur Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung werden grundsätzlich im Anhang vorgenommen.

Die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts entfällt, da die einzubeziehenden Tochterunternehmen im Sinne des § 296 Abs. 2 Nr. 1 HGB für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind.

Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. zu Herstellungskosten, vermindert um die nutzungsbedingten Abschreibungen entsprechend den betriebsindividuellen Gegebenheiten des Werteverzehrs, angesetzt worden. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear „pro rata temporis“. Die Nutzungsdauern der wesentlichen Gruppen sind folgender Tabelle zu entnehmen:

	Jahre
EDV-Programme, sonstige Rechte	3 – 7
Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	5 – 50
Maschinen und maschinelle Anlagen	5 – 19
Sonstige technische Anlagen und Maschinen	4 – 10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 – 14

Der Mäanderbau sowie der Campus in Bonn und der Campus in Eschborn werden über 33 Jahre, das Bürogebäude in Berlin wird über 40 Jahre und der Campus Kottenforst in Bonn über 50 Jahre abgeschrieben. Bei den Gebäuden und Nutzungsrechten in Partnerländern erfolgen die Abschreibungen zwischen acht und 20 Jahren.

Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG) mit Anschaffungskosten von 250 € bis 1.000 € wird im Anschaffungsjahr ein Sammelposten gebildet. Dieser wird linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Das zuwendungsfinanzierte Anlagevermögen ist vollständig durch Investitionszuschüsse finanziert. Die Investitionszuschüsse wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Hergestellte Gebäude werden zu Herstellungskosten aktiviert. Zu den Herstellungskosten zählen die einzeln zurechenbaren Kosten durch den Einsatz von Personal sowie angemessene Teile der Fertigungsgemeinkosten.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet bzw. zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn voraussichtlich dauernde Wertminderungen vorliegen. Sofern die Gründe für in Vorjahren vorgenommene Abschreibungen entfallen sind, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Die in den sonstigen Ausleihungen enthaltenen langfristigen Darlehen an Mitarbeiter*innen für den Erwerb selbst genutzten Wohneigentums wurden mit 2,5 % p. a. abgezinst. Ansonsten erfolgte der Ansatz zum Nennwert.

Umlaufvermögen

Die Wertansätze des Umlaufvermögens erfolgen zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips.

Die noch nicht abgerechneten Leistungen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung angemessener Gemeinkosten, die geleisteten Anzahlungen und Forderungen mit den Nennwerten unter Berücksichtigung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen angesetzt.

Bei dem Vermögen in den Projekten handelt es sich um einen besonderen Bilanzposten der GIZ, der einem besseren Einblick in die Vermögens- und Finanzlage dient. In diesem Posten sind die projektbezogenen Kassen- und Bankbestände sowie Forderungen und zugehörige Verbindlichkeiten saldiert enthalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert angesetzt. Bei sonstigen Vermögensgegenständen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden diese gemäß § 253 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins (veröffentlicht von der Deutschen Bundesbank) abgezinst und zum Barwert bilanziert.

Kassenbestände und Bankguthaben sind zu Nominalwerten bewertet, soweit nicht in Einzelfällen der niedrigere beizulegende Wertansatz geboten ist.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten

Die Wertansätze für langfristige Fremdwährungsforderungen bzw. -verbindlichkeiten erfolgen zum Niederst- bzw. Höchstwert. Kurzfristige Fremdwährungsforderungen bzw. -verbindlichkeiten und Bankguthaben mit Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Für nicht konvertible Währungen erfolgt keine Umrechnung bzw. Neubewertung. Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten, die in dem Posten Vermögen in den Projekten ausgewiesen werden, werden mit dem Kurs der Ursprungsbuchung erfasst. Grund hierfür ist, dass diese Forderungen und Verbindlichkeiten immer in der jeweiligen Fremdwährung mit dem Gegenwert in Hauswährung zum Kurs der Ursprungsbuchung beglichen werden.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklage werden zum Nennwert bilanziert.

Rückstellungen

Die Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt worden, bei dessen Ermittlung auch unmittelbar bestehende Ausgleichsansprüche – den Verpflichtungsumfang mindernd – berücksichtigt werden.

Im Geschäftsjahr 2015 hat die GIZ die bis zum 30. Juni 2015 nach dem Tarifvertrag Nr. 3 über die betriebliche Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung für die Mitarbeiter*innen der Zentrale (alte bAV) erworbenen Ansprüche der betrieblichen Altersversorgung auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert („Past Service“). Im Jahr 2016 wurden die restlichen Ansprüche mit Wirkung zum 1. September 2016 auf die im Jahr 2015 gegründete GIZ Unterstützungskasse GmbH ausgelagert.

Die bis zum 31. Dezember 2015 entstandenen Verpflichtungen aus dem Versorgungstarifvertrag vom 1. März 2004 (bAV 2005) wurden im Geschäftsjahr 2017 auf die Deutscher Pensionsfonds AG ausgelagert. Die Ansprüche ab dem 1. Januar 2017 werden durch die GIZ Unterstützungskasse GmbH erfüllt („Future Service“).

Die ausgelagerten Zusagen sind wegen der künftigen Erfüllung durch die Deutscher Pensionsfonds AG bzw. die GIZ Unterstützungskasse GmbH als mittelbare Verpflichtung zu klassifizieren.

Für mittelbare Verpflichtungen besteht nach Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ein Passivierungswahlrecht, von welchem die GIZ Gebrauch macht. Zu jedem Bilanzstichtag ist die Differenz zwischen den notwendigen Erfüllungsbeträgen abzüglich der im Abschluss der GIZ gebildeten Pensionsrückstellungen und abzüglich des Zeitwertes des Vermögens in den Versorgungsträgern Pensionsfonds bzw. Unterstützungskasse als Fehlbetrag im Anhang anzugeben.

Zu den wesentlichen zum 31. Dezember 2025 angewendeten versicherungsmathematischen Parametern verweisen wir auf unsere Ausführungen unter (7) Rückstellungen.

Eine versicherungsmathematisch berechnete Rückstellung (Unfallrente) wurde nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind gemäß § 253 Abs. 2 S. 1 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins (veröffentlicht von der Deutschen Bundesbank) der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst worden.

Verbindlichkeiten und erhaltene Anzahlungen

Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Die erhaltenen Anzahlungen sind zu ihrem Nennwert angesetzt.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden als schwebende Geschäfte grundsätzlich nicht bilanziert. Nicht realisierte Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten werden ergebniswirksam zurückgestellt, soweit diese nicht in eine Bewertungseinheit einbezogen sind und nicht durch gegenläufige Wertänderungen des Grundgeschäfts kompensiert werden. Zusammengehörige Grundgeschäfte und Derivate werden zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die Bewertungseinheiten werden nach der Einfrierungsmethode bilanziert.

Latente Steuern

Die latenten Steuern resultieren aus den nachstehenden temporären Differenzen.

Bilanzposition	31.12.2025 Differenz Handels- vs. Steuer- bilanz		31.12.2025 latente Steuern
	in T€	Steuersatz in %	in T€
Sonstige Forderungen	94	28,4	27
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	22.743	28,4	6.490
Sonstige Rückstellungen	2.504	28,4	715
Sonstige Verbindlichkeiten	2	28,4	1
	25.343	28,4	7.233

Zum Bilanzstichtag ergeben sich aktive latente Steuern von 7.233 T€.

Latente Steuern werden auf die Unterschiede in den Bilanzansätzen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Der Berechnung der latenten Steuern liegt ein effektiver Steuersatz von 28,4 % zugrunde, der sich voraussichtlich zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen ergeben wird. Aktive und passive latente Steuern werden grundsätzlich saldiert ausgewiesen. Im Falle eines Aktivüberhangs der latenten Steuern zum Bilanzstichtag wird von dem Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinnverwendung

Der Gesellschaftsvertrag legt fest, dass Gewinne ausschließlich für gemeinnützige und satzungsgemäße Zwecke zu verwenden sind.

Eine Einstellung in die satzungsmäßigen Rücklagen erfolgt in Höhe des Jahresüberschusses von 19,9 Mio. €.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist als Anlage zum Anhang (Anlagenspiegel) dargestellt.

(2) Finanzanlagen

Im Geschäftsjahr 2015 gründete die GIZ ihre eigene Versorgungseinrichtung, die GIZ Unterstützungskasse GmbH mit Sitz in Bonn, und hält alle Anteile. Das Eigenkapital der GIZ Unterstützungskasse GmbH betrug zum 31. Dezember 2025 25.000 € und das Jahresergebnis im Geschäftsjahr 0 €.

Des Weiteren hält die GIZ seit 2010 eine Beteiligung in Höhe von 49 % an der sequa gGmbH mit Sitz in Bonn zu Anschaffungskosten von 535.862 €. Im Geschäftsjahr 2024 betrug das Eigenkapital der sequa gGmbH 4.972.880 € und der Jahresüberschuss 0 €. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 liegt noch nicht vor.

Im Geschäftsjahr 2024 erwarb die GIZ mit Zustimmung der Gesellschafterin gemäß § 11.2.4 des Gesellschaftsvertrags 20 Anteile an der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH zum Nominalwert von je 200 €. Das Eigenkapital der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH betrug im Geschäftsjahr 2024 55.546.478 €, der Jahresüberschuss 14.445.931 €.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens beinhalten einen Wertpapierspezialfonds, der von der GIZ bei der UBS aufgelegt wurde. Die Wertpapiere sind zu Anschaffungskosten von 202.667.845 € bilanziert. Zum Bilanzstichtag liegt der Marktwert für das Portfolio des Wertpapierspezialfonds bei 228.311.953 €.

(3) Vorräte

Geleistete Anzahlungen

Von den geleisteten Anzahlungen in Höhe von 978.475.985 € sind insgesamt 87.230.300 € durch Bürgschaften gesichert. Die geleisteten Anzahlungen sind mit 1 % pauschalwertberichtigt. Insgesamt haben geleistete Anzahlungen in Höhe von 198.860.601 € (Vorjahr: 165.413.209 €) eine Laufzeit von mehr als einem Jahr.

Geleistete Anzahlungen nach Art des Vertrages

	2025	2024
	in €	in €
Finanzierungsverträge	952.567.385	899.099.938
Dienstleistungsverträge	91.950.958	76.286.659
Sachgüterbeschaffungen	114.324.291	119.953.969
Verwaltete Mittel (Twinning)	52.871	43.841
Sonstige	315.200	85.824
Wertberichtigungen	- 10.052.558	- 10.972.285
Noch nicht verrechnete Umsatzsteuer auf geleistete Anzahlungen	- 14.297.889	- 16.845.736
Statische Verrechnung geleistete Anzahlungen	- 156.384.273	0
Gesamt	978.475.985	1.067.652.210

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€) auftreten.

(4) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	2025				2024			
	Restlaufzeit		Gesamt 2025	davon gegen die Gesellschafterin ¹	Restlaufzeit		Gesamt 2024	davon gegen die Gesellschafterin ¹
	unter 1 Jahr	über 1 Jahr			unter 1 Jahr	über 1 Jahr		
	in €	in €	in €	in €	in T€	in T€	in T€	in T€
1. Forderungen aus Leistungen								
– gemeinnütziger Geschäftsbereich	147.909.348	1.000	147.910.348	140.447.864	47.598	0	47.598	40.856
– steuerpflichtiger Geschäftsbereich	26.652.734	0	26.652.734	12.852.099	77.495	0	77.495	33.750
	174.562.082	1.000	174.563.082	153.299.963	125.093	0	125.093	74.606
2. Forderungen gegen verb. Unternehmen								
– gemeinnütziger Geschäftsbereich	163	0	163	0	0	0	0	0
	163	0	163	0	0	0	0	0
3. Vermögen in den Projekten								
– Kassen- und Bankbestände	160.454.406	0	160.454.406	0	64.763	0	64.763	0
– vorgelegte Partnerschaftsleistungen	25.210.890	0	25.210.890	0	27.298	0	27.298	0
– Forderungen, Sonstiges	150.881.880	0	150.881.880	0	152.004	0	152.004	0
– Verbindlichkeiten, Sonstiges	-23.686.124	0	-23.686.124	0	-31.847	0	-31.847	0
	312.861.052	0	312.861.052	0	212.218	0	212.218	0
4. Sonstige Vermögensgegenstände								
Forderungen								
– aus Agio, vgl. Pos. (5)	0	4.090.335	4.090.335	4.090.335	0	4.090	4.090	4.090
– aus Mietvorschüssen im Ausland	2.364.724	21.350	2.386.074	0	2.633	6	2.640	0
– an Personal aus Reise- und Aufwendungsanschüssen	2.157.750	470.490	2.628.240	0	3.516	463	3.979	0
– an Finanzämter	22.030.378	0	22.030.378	0	20.284	0	20.284	0
– Sonstige	26.917.568	69.344.286	96.261.854	50.784.286	28.873	77.880	106.753	59.320
	53.470.422	73.926.461	127.396.882	54.874.621	55.306	82.439	137.746	63.410
	540.893.719	73.927.461	614.821.179	208.174.584	392.617	82.439	475.057	138.016

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€) auftreten.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen ist der geleistete Nachschuss in den Pensionsfonds, der preisrechtlich auf mehrere Geschäftsjahre verteilt wird, in Höhe des noch nicht abgerechneten Anteils gegenüber der Gesellschafterin mit 50.784.286 € ausgewiesen. Da es sich um eine langfristige Forderung über 8 Jahre handelt, wurde diese zum Barwert angesetzt. Außerdem ist unter den sonstigen Vermögensgegenständen das Verwaltungskostenguthaben ausgewiesen, da es Anzahlungscharakter hat. Es wird bei der Deutscher Pensionsfonds AG (DPAG) separat geführt und von dieser verwaltet. Über die Entwicklung und den Stand des Verwaltungskostenguthabens erfolgt jährlich eine Mitteilung des Pensionsfonds an die GIZ. Das Verwaltungskostenguthaben ist zum 31. Dezember 2025 mit den historischen Anschaffungskosten in Höhe von 18.560.000 € bilanziert.

(5) Kapital der Gesellschaft (durch Einzahlung)

	2025	2024
	in €	in €
Gezeichnetes Kapital	20.452.000	20.452.000
Kapitalrücklage	5.112.919	5.112.919
Dagegen stehen:		
ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	11.759.713	11.759.713
noch nicht eingefordertes Agio, vgl. (4)	4.090.335	4.090.335

Bei den ausstehenden Einlagen auf das gezeichnete Kapital handelt es sich um die noch nicht eingeforderten Teile der gemäß Gesellschafterbeschluss vom 23. Juni 1978 durchgeführten und im Handelsregister eingetragenen Kapitalerhöhung. Die beiden letztgenannten Posten sind als Risikokapital anzusehen und können im Bedarfsfall mit Zustimmung der Gesellschafterin eingefordert werden.

(6) Satzungsmäßige Rücklagen

Entwicklung der satzungsmäßigen Rücklagen

	in €
Vortrag zum 1. Januar 2025	453.967.323
Einstellung des Jahresüberschusses	19.976.167
Stand 31. Dezember 2025	473.943.489
Davon entfallen auf:	
– gebundene Rücklagen	409.580.121
– freie Rücklagen	64.363.368
	473.943.489

(7) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die noch ausgewiesenen Rückstellungen betreffen die in den Jahren 2015 bis 2017 ausgelagerten Pensionsverpflichtungen der sogenannten alten bAV (bis 2004) und bAV 2005. Diese Rückstellungen wurden zum Zeitpunkt der Auslagerung in Höhe des bilanzierten Betrages eingefroren.

Bei den Ansprüchen aus der alten bAV und den Ansprüchen aus der bAV 2005 handelt es sich um mittelbare Verpflichtungen, für die nach Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ein Passivierungswahlrecht besteht, von welchem die GIZ Gebrauch macht. Demnach ist zu jedem Bilanzstichtag die Differenz zwischen den notwendigen Erfüllungsbeträgen abzüglich der eingefrorenen Rückstellungen und abzüglich des Zeitwertes des Vermögens in den Versorgungsträgern Pensionsfonds bzw. Unterstützungskasse als Fehlbetrag im Anhang anzugeben.

Die Erfüllungsbeträge wurden versicherungsmathematisch mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre berechnet, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Im Vergleich zur Abzinsung mit dem 7-Jahresdurchschnittszins (2,21 %) ergibt sich zum 31. Dezember 2025 aus dem „Past Service“ ein

negativer Unterschiedsbetrag von 19.532.553 €. Der negative Unterschiedsbetrag aus dem „Future Service“ beträgt zum 31. Dezember 2025 21.199.539 €. Der rechnerische Unterschiedsbetrag ist negativ, da der 7-Jahresdurchschnittszinssatz den 10-Jahresdurchschnittszinssatz übersteigt. Damit entfällt die Ausschüttungssperre gem. § 268 Abs. 8 HGB, die im Vorjahr bestand.

Die wesentlichen versicherungsmathematischen Parameter sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

	in %
Rechnungszinssatz	2,05
Anwartschaftsdynamik bAV 2005	4,49
Anwartschaftsdynamik alte bAV	3,08
Rentendynamik bAV 2005, jährlich	1,00
Rentendynamik alte bAV, jährlich	1,00
BBG-Trend (Beitragsbemessungsgrenze-Trend), jährlich	3,00
Fluktuation, gestaffelt nach Alter	0,00

Zum 31. Dezember 2022 erfolgte eine Anpassung der versicherungsmathematischen Parameter. Die Nichtberücksichtigung des Fluktuationsparameters hat auf die Ermittlung des Erfüllungsbetrages für den „Past Service“ und für den „Future Service“ der bAV 2005 keinen Einfluss bzw. keinen wesentlichen Einfluss auf die Ermittlung des Erfüllungsbetrages für den „Future Service“ der alten bAV.

Die Unterdeckung des Pensionsfonds ist im Vergleich zum 31. Dezember 2024 auf 169.486.892 € gesunken.

	in €
Erfüllungsbetrag	757.236.064
Pensionsfondsvermögen	520.407.283
Eingefrorene Pensionsrückstellungen	67.341.889
Unterdeckung	169.486.892

Bei der mittelbaren Verpflichtung, die über die GIZ Unterstützungskasse GmbH, Bonn, erfüllt wird, kam es infolge des seit dem Jahr 2022 gestiegenen Zinsniveaus zu einer Überdeckung. Diese resultierte insbesondere aus Bewertungsgewinnen aufgrund eines erhöhten Rechnungszinses.

Die Überdeckung wurde im Geschäftsjahr durch die teilweise Auflösung der eingefrorenen Rückstellung für den Future Service ausgeglichen, sodass zum Bilanzstichtag weder eine Unter- noch eine Überdeckung besteht.

	in €
Erfüllungsbetrag	578.966.639
Unterstützungskassenvermögen	27.081.441
Aktivwert Rückdeckungsversicherungen	533.426.920
Eingefrorene Pensionsrückstellungen	18.458.278
Unterdeckung	0

Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen für Altersteilzeit- und Beihilfeverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Berechnungsverfahren ermittelt. Dabei sind fristenkongruente durchschnittliche Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 1,84 % (Vorjahr: 1,47 %) und 2,21 % (Vorjahr: 1,95 %) angewendet worden.

Die Verpflichtungen aus der Altersteilzeit in Höhe von 8.974.674 € sind mit 3.900.000 € durch eine unverzinsliche Festgeldanlage (Deckungsvermögen) gedeckt. Der Zeitwert entspricht den Anschaffungskosten.

Die Rückstellung für Langzeitkonten wird analog den Vorschriften für wertpapiergebundene Versorgungszusagen nach § 253 Abs. 1 S. 3 HGB mit dem Zeitwert bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst worden.

Die im Wesentlichen gebildeten sonstigen Rückstellungen sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

	2025	2024
	in €	in €
Langzeitkonten	113.970.049	108.104.702
Abfindungen, ATZ und Gehaltsnachzahlungen	41.204.810	25.220.000
Gewährleistungs- und Kalkulationsrisiken	34.644.241	24.099.167
Ausstehende Verwaltungskosten	25.864.400	11.352.423
Urlaubsguthaben	19.091.359	18.902.060
Variable Vergütung	14.251.819	16.272.166

Zum Erhalt von Liefer- und Leistungsfähigkeit haben der Vorstand und der Aufsichtsrat der Gesellschaft in seiner Sitzung vom 12. Dezember 2024 Restrukturierungsmaßnahmen für einen personellen Umbau beschlossen. Die geplanten Maßnahmen beinhalten ein Abfindungs- und Altersteilzeitprogramm auf der Basis der doppelten Freiwilligkeit. Mit 500 Personen konnten im Geschäftsjahr Aufhebungsverträge und Altersteilzeitvereinbarungen abgeschlossen werden. Das Abfindungs- und Altersteilzeitprogramm ist im aktuellen Geschäftsjahr abgeschlossen worden. Die im Vorjahr gebildete Rückstellung in Höhe von 25.200.000 € ist im aktuellen Geschäftsjahr um 25.919.863 € aufgestockt worden, so dass insgesamt 41.204.810 € (nach Verbrauch im Geschäftsjahr) offenstehen. Vor dem Hintergrund der anhaltend fragilen und geopolitisch angespannten Situation im Nahen und Mittleren Osten erfolgte im Geschäftsjahr eine Zuführung zur Rückstellung für die pauschalen Gewährleistungs- und Kalkulationsrisiken in Höhe von 10.052.669 €.

(8) Verbindlichkeiten

	Restlaufzeit			Gesamt 2025	davon gegenüber Gesellschafterin
	< 1 Jahr	> 1 Jahr	davon > 5 Jahre		
	in €	in €	in €	in €	in €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.237.533	220.250.000	189.050.000	228.487.533	0
2. Erhaltene Anzahlungen					
– gemeinnütziger Geschäftsbereich	2.255.605.758	0	0	2.255.605.758	2.218.065.117
– steuerpflichtiger Geschäftsbereich	88.657.618	79.256.592	0	167.914.210	71.029.121
– Wertberichtigung	- 6.961	0	0	- 6.961	0
	2.344.256.415	79.256.592	0	2.423.513.007	2.289.094.237
abzüglich					
– noch nicht verrechnete Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen	- 54.401.276	0	0	- 54.401.276	- 53.242.668
	2.289.855.139	79.256.592	0	2.369.111.731	2.235.851.569
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	72.434.946	0	0	72.434.946	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.458.067	0	0	3.458.067	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	68.821.332	560.252	0	69.381.584	53.594.843
	2.442.807.017	300.066.844	189.050.000	2.742.873.861	2.289.446.412

	Restlaufzeit			Gesamt 2024	davon gegen- über Gesell- schafterin
	< 1 Jahr	> 1 Jahr	davon > 5 Jahre		
	in €	in €	in €		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.226	214.837	146.167	224.063	0
2. Erhaltene Anzahlungen					
– gemeinnütziger Geschäftsbereich	2.029.063	0	0	2.029.063	1.992.990
– steuerpflichtiger Geschäftsbereich	198.950		0	198.950	128.353
– Wertberichtigung	-15	0	0	-15	0
	2.227.998	0	0	2.227.998	2.121.343
abzüglich					
– noch nicht verrechnete Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen	-54.335	0	0	-54.335	-49.325
	2.173.663	0	0	2.173.663	2.072.018
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	70.529	0	0	70.529	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	14.671	0	0	14.671	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten	14.685	681	23	15.366	0
	2.282.774	215.518	146.190	2.498.292	2.072.018

Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€) auftreten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen sonstige Verbindlichkeiten gegenüber der GIZ Unterstützungskasse GmbH. Der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Auflösung der eingefrorenen Pensionsrückstellung für den Future Service zurückzuführen. Der aufgelöste Betrag wurde im Berichtsjahr als sonstige Verbindlichkeit gegenüber dem Auftraggeber passiviert.

Darlehensverträge

1. Darlehen GIZ-Campus Bonn

Zwischen der GIZ und der Postbank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG – besteht ein Darlehensvertrag für den Erwerb des Grundbesitzes und die Herstellung des GIZ-Campus in Bonn mit einer Laufzeit bis zum 2. Januar 2031. Die Darlehenssumme beträgt 104.037.000 € und wurde im Berichtsjahr in voller Höhe getilgt.

Zur Besicherung des Darlehens wurde eine Buchgrundschuld für den GIZ-Campus in Bonn in Höhe von 84.037.000 € nebst 15 % jährlichen Zinsen und einer einmaligen Nebenleistung in Höhe

von 10 % eingetragen. Daneben wurde eine weitere Buchgrundschuld in Höhe von 65.100.000 € nebst 15 % jährlichen Zinsen und einer einmaligen Nebenleistung in Höhe von 10 % auf den Grundbesitz „Mäander“ eingetragen. Die Buchgrundschuld besteht weiterhin.

2. Darlehen GIZ-Campus Eschborn

Zwischen der GIZ und der Deutsche Bank AG besteht ein Darlehensvertrag für den Erwerb des Grundbesitzes und die Herstellung des GIZ-Campus in Eschborn mit einer Laufzeit bis zum 28. Februar 2055. Die Darlehenssumme beträgt 230.000.000 €. Zum Bilanzstichtag besteht eine Darlehensverbindlichkeit in Höhe von 228.050.000 €.

Zur Besicherung des Darlehens wurde eine Buchgrundschuld für den GIZ-Campus in Eschborn in Höhe von 230.000.000 € nebst 15 % jährlichen Zinsen und einer einmaligen Nebenleistung in Höhe von 10 % eingetragen. Daneben werden die unter 1. genannten Buchgrundschulden in Höhe von 65.100.000 € und 84.037.000 € zur Besicherung des Darlehens herangezogen, um das Gesamtengagement aus beiden Darlehen abzusichern.

Für diese Immobilienfinanzierung wurde eine Zinsswap-Vereinbarung abgeschlossen. Hierzu wurde für jedes Quartal der Kreditlaufzeit der vereinbarte variable Zins (Fixmarge zzgl. Dreimonats-Euribor) durch vierteljährliche Zinsswaps, angepasst an den Tilgungsplan, abgesichert, welche jeweils eine Bewertungseinheit mit dem zugehörigen Darlehen bilden. Im Rahmen der Zinsswap-Vereinbarung werden die variablen Zinsaufwendungen für das aufgenommene Immobiliendarlehen dadurch in Festzinszahlungen von 2,093 % p.a. transformiert.

Grundgeschäft / Sicherungsgeschäft	Risiko / Art der Bewertungseinheit	Einbezogener Betrag
Variable Zinszahlung aus Kreditfinanzierung/Zinsswap	Zinsrisiko/Microhedge	228.050.000 €

Das Grundgeschäft ist ein variabel verzinstes Darlehen und hat eine Laufzeit bis Februar 2055; bis dahin werden sich die gegenläufigen Wertänderungen aus Grund- und Sicherungsgeschäft voraussichtlich ausgleichen.

Die prospektive Effektivität, d. h. für den Planungszeitraum von Sicherungsbeginn und an jedem Stichtag für den noch offenen Zeitraum der Sicherungsbeziehung, wurde mittels der dokumentierten Gegenüberstellung der aufeinander abgestimmten Bedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument anhand der Critical-Terms-Match-Methode nachgewiesen. Sämtliche Parameter (Nominalwert, Laufzeit und Indizes) zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft stimmen überein.

Die retrospektive Effektivität, d. h. die jeweiligen Ist-Zahlen zum Bilanzstichtag, wurde anhand der Critical-Terms-Match-Methode nachgewiesen. Die buchhalterische Abbildung erfolgt mit der Einfrierungsmethode.

(9) Vermerkposten Treuhandvermögen/ Treuhandverbindlichkeiten

	2025	2024
	in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	677.791	1.672.492

Dem Vermögen von 677.791 € stehen Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüber.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(10) Umsatzerlöse

Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen

	2025	2024
	in €	in €
Auftragsgeschäfte	3.474.613.841	3.622.013.645
Zuwendungsgeschäfte (inkl. fremdfinanzierter Eigenmaßnahmen)	34.075.289	32.480.762
GnB	3.508.689.130	3.654.494.407
InS	290.818.910	274.403.295
	3.799.508.040	3.928.897.702

Umsatzerlöse nach Sitz der Auftraggeber

	2025		2024	
	in €	in %	in €	in %
Bundesrepublik Deutschland	3.714.551.192	98	3.824.806.595	97
Übriges Europa	70.956.724	2	91.824.387	2
Afrika	-3.595	0	0	0
Amerika	6.531.725	< 1	3.974.013	< 1
Asien	7.471.994	< 1	8.292.707	< 1
	3.799.508.040		3.928.897.702	

Umsatzerlöse nach regionaler Tätigkeit

	2025		2024	
	in €	in %	in €	in %
Afrika	1.308.623.697	34	1.192.868.308	30
Amerika	220.567.783	6	241.342.003	6
Asien	746.260.815	20	822.613.849	21
Europa	497.311.398	13	432.423.943	11
Ozeanien	4.119.834	< 1	9.424.766	< 1
Überregional	1.022.624.513	27	1.230.224.833	31
	3.799.508.040		3.928.897.702	

Im GnB (zzgl. Zuwendungsgeschäft) verteilen sich die Umsätze auf folgende Auftraggeber:

	2025	2024
	in €	in €
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3.073.938.353	3.200.925.668
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	236.949.182	95.647.318
Auswärtiges Amt	92.168.570	113.353.767
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	52.173.418	193.097.549
Engagement Global gGmbH	26.794.453	27.415.993
Europäische Investitionsbank	5.782.145	3.296.003
Bundesministerium für Digitales und Verkehr	2.849.698	2.645.339
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	1.914.495	2.336.675
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.671.232	1.199.426
Übrige Umsatzerlöse	14.447.584	14.576.669
	3.508.689.130	3.654.494.407

Bei InS verteilen sich die Umsätze auf folgende Auftraggeber:

	2025	2024
	in €	in €
Auswärtiges Amt	78.878.812	52.594.283
Europäische Union	47.814.408	60.017.597
BMZ (InS)	25.913.070	31.247.010
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	24.210.120	31.736.047
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	20.192.906	18.149.953
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	18.778.190	230.916
Bundesministerium für Bildung und Forschung	10.109.691	7.346.959
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.	3.993.217	4.872.636
Bundesagentur für Arbeit (Triple Win)	3.538.003	5.921.850
Übrige Umsatzerlöse	57.390.493	62.286.044
	290.818.910	274.403.295

(11) Sonstige betriebliche Erträge

Zusammensetzung sonstige betriebliche Erträge:

	2025	2024
	in €	in €
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen	58.000.388	6.782.787
Erträge aus Verwaltungskostenerstattung	4.101.437	2.912.619
Erträge aus Auflösungen von Wertberichtigungen	1.922.897	3.629.169
Erträge aus Fremdwährungsbewertungen	1.489.253	1.577.508
Erträge aus Versicherungserstattungen	207.870	1.783.987
Sonstige Erträge	1.699.087	1.618.768
	67.420.932	18.304.838

Die periodenfremden Erträge betragen 59.843.155 € (Vorjahr: 12.258.185 €). Diese Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen, der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Erstattungen von Versicherungen.

(12) Materialaufwand

	2025	2024
	in €	in €
Aufwendungen für bezogene Waren	212.415.139	200.842.598
davon Sachbeschaffungen durch die Zentrale	116.972.598	102.982.657
davon Sachbeschaffungen in den Projekten	91.496.034	93.792.296
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.012.960.407	1.934.443.538
davon sonstige Fremdleistungen	1.486.484.573	1.386.405.182
davon in den Projekten angefallene Kosten	249.570.444	271.877.791
davon Finanzierungsbeiträge und Zuschüsse	123.097.455	97.152.942
	2.225.375.546	2.135.286.136

(13) Personalaufwand

	2025	2024
	in €	in €
Löhne und Gehälter	1.327.496.386	1.303.307.170
davon Projektpersonal	568.639.682	560.485.552
davon Nationale Mitarbeitende	386.091.739	387.406.187
davon Personal der Zentrale	333.469.963	306.616.622
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	312.418.604	315.274.562
davon Projektpersonal	133.067.785	132.171.757
davon Personal der Zentrale	86.066.731	78.581.877
davon Nationale Mitarbeitende	69.626.982	71.868.288
davon Nachschuss Pensionsfonds	9.035.733	9.035.733
	1.639.914.990	1.618.581.732

Die Aufwendungen für die GIZ Unterstützungskasse GmbH betragen insgesamt 23.657.106 € (Vorjahr: 23.616.907 €).

Der Anstieg des Personalaufwands ergibt sich im Wesentlichen aus der Zuführung zur Rückstellung für den Personalumbau.

(14) Sonstige betriebliche Aufwendungen**Zusammensetzung sonstige betriebliche Aufwendungen:**

	2025	2024
	in €	in €
Bürobetriebskosten	47.404.233	37.035.208
Raumkosten	27.498.789	29.010.732
Beratungen, Gutachten und Übersetzungen	23.355.440	25.944.697
Aufwendungen aus Zuführung zu Rückstellungen, u. a. für Gewährleistungs- und Preisrisiken	16.864.611	7.325.532
Aufwendungen für eigenes und Fremdpersonal	11.623.245	11.970.538
Aufwendungen aus Fremdwäurungs-bewertungen	3.733.822	638.022
Aufwendungen aus der Zuführung zu Wertberichtigungen	2.048.273	1.129.503
Sonstige Aufwendungen	65.208.360	21.740.488
	197.736.774	134.794.720

Unter dieser Position wird der Aufwand für die Jahresabschlussprüfung von 180.558 € und sonstige Leistungen von 2.774.198 € (hauptsächlich Mittelverwendungsprüfungen, die zum Teil an die geprüften Projekte weiterbelastet werden), die durch den Abschlussprüfer durchgeführt wurden, ausgewiesen.

Die periodenfremden Aufwendungen betragen 80.283.050 € (Vorjahr: 26.700.475 €). Diese Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Rückzahlungsverpflichtung gegenüber der

Gesellschafterin aufgrund der Auflösung der eingefrorenen Pensionsrückstellung.

In den Bürobetriebskosten sind die laufenden IT-Betriebskosten, die im Vergleich zum Vorjahr um 11 Mio € gestiegen sind, enthalten.

(15) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Diese Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus dem Zinsertrag aus Bankguthaben in Höhe von 15.486.085 € (Vorjahr: 16.837.897 €). Der Zinsanteil auf Pensionsrückstellungen betrug 500.068 € (Vorjahr: 359.863 €).

(16) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Diese Aufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus dem Zinsaufwand aus Verbindlichkeiten in Höhe von 9.526.913 € (Vorjahr: 9.617.220 €). Der Zinsaufwand aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen betrug 402.953 € (Vorjahr: 330.557 €).

(17) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2025	2024
	in €	in €
Körperschaftsteuer		
- Ertrag Vorjahr	796.434	1.621.702
- Aufwand lfd. Jahr	240.950	- 1.280.854
- Aufwand Vorjahr	- 990.933	- 835.311
Gewerbesteuer lfd. Jahr	- 455.527	- 313.141
Gewerbesteuer Vorjahr	0	- 83.190
	- 409.076	- 890.794

Die dargestellten Erträge und Aufwände für Körperschaft- und Gewerbesteuer beziehen sich auf den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der GIZ (International Services). Im Rahmen ihres

Zweckbetriebes ist die GIZ gemäß § 5 (1) Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und gemäß § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit.

Für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der GIZ (International Services) sind durch das Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz, veröffentlicht am 27. Dezember 2023, keine Auswirkungen zu erwarten.

Wesentliche Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2025 ergaben sich nicht.

Sonstige Angaben

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH mit Sitz in Bonn und Eschborn ist unter HRB 18384 in das Handelsregister beim Amtsgericht Bonn und unter HRB 12394 in das Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingetragen.

Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beträgt 74.096.063 €.

Verpflichtungen aus Mietverträgen

Verpflichtungen aus Mietverträgen für Büroräume und Parkplätze sowie EDV-Anlagen (2026 bis 2029): 22.599.954 €. Davon sind im Jahr 2026 18.194.676 € fällig.

Verpflichtungen aus Bestellobligo für Investitionsvorhaben

Zum Bilanzstichtag besteht ein Bestellobligo für Investitionsvorhaben in Höhe von 347.666 €.

Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen

Die GIZ Unterstützungskasse GmbH hat die Leistungspläne II und III aufgestellt; zur Finanzierung der Versorgungsleistungen wendet die GIZ der GIZ Unterstützungskasse GmbH die erforderlichen Mittel zu. Im Geschäftsjahr waren dies insgesamt 50.758.067 € (Vorjahr: 60.870.620 €). Der im Jahr 2015 geschlossene Leistungsplan wurde im Jahr 2017 aufgehoben.

Eventualverbindlichkeiten

Zur gemeinsamen Akquisition und Durchführung von Projektmaßnahmen in unterschiedlichen Aufgabenbereichen (Beschaffung von Sachgütern, Erbringung von Dienstleistungen) arbeitet die GIZ in mehreren Arbeitsgemeinschaften mit Partnern aus verschiedenen Ländern der EU und weiteren Ländern zusammen.

Für alle Arbeitsgemeinschaften gilt, dass jedes Mitglied dem Auftraggeber gegenüber gesamtschuldnerisch haftet. Eine Haftungsminimierung der GIZ ist durch die Federführung und durch die Bereitstellung von Projektmitteln im Rahmen des Projektfortschritts gegeben, daher wird nicht mit einer Inanspruchnahme gerechnet. Zum Bilanzstichtag bestehen insgesamt 9 Arbeitsgemeinschaften. In drei dieser Arbeitsgemeinschaften ist die GIZ federführend tätig.

Das Risiko aus der Beteiligung an den Arbeitsgemeinschaften beläuft sich per 31. Dezember 2025 auf 390.376 € (Vorjahr: 307.998 €). Mit einer Inanspruchnahme wird aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre nicht gerechnet.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigtes Personal

	2025	2024
Inlandsmitarbeiter*innen	2.876	2.949
Projektmitarbeiter*innen (Inland)	2.825	2.935
Auslandsmitarbeiter*innen	2.394	2.534
GIZ gesamt (ohne Nationale Mitarbeiter*innen)	8.095	8.418
Nationale Mitarbeiter*innen	15.959	16.408
GIZ gesamt	24.054	24.826

Angaben zum Aufsichtsrat und zum Vorstand

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Jochen Flasbarth	Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (bis 20.6.2025)	Dr. Inge Gräßle	Mitglied des Deutschen Bundestages (ab 2.9.2025)
	Niels Annen	Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (ab 20.6.2025)	Bettina Hagedorn	Mitglied des Deutschen Bundestages (bis 10.7.2025)
1. Stellv. Vorsitzende	Louisa Ameyo Agossivi Sedjro	Programmleiterin in der GIZ	Anja Hajduk	Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (bis 2.9.2025)
2. Stellv. Vorsitzende	Dr. Wibke Thies	Senior-Ländermanagerin in der GIZ	Michael Hinterdobler	Ministerialdirigent, Abteilungsleiter, Bayerische Staatskanzlei (bis 25.2.2025)
	Felix Banaszak	Mitglied des Deutschen Bundestages (bis 3.1.2025)	Stephanie Jacobs	Ministerialdirektorin, Bayerische Staatskanzlei (ab 25.2. bis 21.11.2025)
	Susanne Baumann	Staatssekretärin im Auswärtigen Amt (bis 4.6.2025)	Michael Köller	Vertreter der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), Bayerische Staatskanzlei (ab 17.2.2026)
	Ines Born	Ressortkoordinatorin, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) – Bundesverwaltung	Carsten Körber	Mitglied des Deutschen Bundestages (bis 2.9.2025)
	Jochen Flasbarth	Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (ab 20.6.2025)	Judith Kordon	Spezialistin in der GIZ
	Sandra Fuhr	Projektleiterin in der GIZ (ab 1.1.2025)	Dr. Bernhard Kotsch	Staatssekretär im Auswärtigen Amt (ab 4.6.2025)
			Ricarda Lang	Mitglied des Deutschen Bundestages (ab 4.2. bis 2.9.2025)

Siemtje Möller	Mitglied des Deutschen Bundestages (ab 2.9.2025)
Claudia Raffelhüschen	Mitglied des deutschen Bundestages (bis 2.9.2025)
Dr. Christiane Rohleder	Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (bis 4.6.2025)
Sascha Rusgiarto	Spezialist Risikomanagement in der GIZ
Steffen Saebisch	Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen (bis 11.6.2025)
Marcel Schmelz	Geschäftsführer, Vereinte Dienstleistungsgewerk- schaft (ver.di) – Bezirk Wiesbaden
Jeanette Schwamberger	Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen (ab 11.6.2025)

Dr. Julius Spatz	Abteilungsleiter Asien II in der GIZ
Dr. Thomas Steffen	Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (ab 2.9.2025)
Dr. Wolfgang Stefinger	Mitglied des Deutschen Bundestages (ab 2.9.2025)
Daniela Suttner	Stellvertretende Landesfachbereichsleiterin, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) – Landesbezirk Hessen
Katrin Uhlig	Mitglied des Deutschen Bundestages (ab 2.9.2025)
Arthur Richard Wallach	Portfoliomanager in der GIZ

Vorstand**Thorsten Schäfer-Gümbel**

Vorstandssprecher und Arbeitsdirektor; Bereiche: Asien, Pazifik, Lateinamerika und Karibik; Auftraggeber- und Geschäftsentwicklung; Einkauf, Liegenschaften, Verträge, Intern. Sprachendienst sowie Personal; Stabsstellen: Akademie für Internationale Zusammenarbeit; Compliance und Integrität; Unternehmensentwicklung sowie Unternehmenskommunikation

Ingrid-Gabriela Hoven

Stellvertretende Vorstandssprecherin; Bereiche: Europa, Mittelmeer und Zentralasien; Sektor- und Globalvorhaben; Fach- und Methodenbereich sowie Finanzen; Stabsstellen: Evaluierung sowie Unternehmenssicherheit

Anna Sophie Herken

Vorstandsmitglied; Bereiche: Afrika, International Services sowie Digitale Transformation und IT-Solutions; Stabsstellen: Information Governance; Recht und Versicherung sowie Revision

Angaben zur Vergütung

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder enthält in der Regel zusätzlich zu einem fixen Gehalt einen variablen Bestandteil. Für tätige Vorstandsmitglieder beliefen sich die Gesamtbezüge im Geschäftsjahr 2025 auf 865.946 €.

	Fixvergütung	Nebenleistungen	Variable Vergütung	Summe	Aufwendungen für Altersvorsorge
	in €	in €	in €	in €	in €
Thorsten Schäfer-Gümbel	258.000 €	6.248 €	28.800 €	293.048 €	134.490 €
Ingrid-Gabriela Hoven	245.000 €	13.234 €	28.800 €	287.034 €	-
Anna Sophie Herken	245.000 €	12.064 €	28.800 €	285.864 €	98.000 €
Summe	748.000 €	31.546	86.400 €	865.946 €	232.490 €

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden 2025 lediglich die entstandenen Reisekosten in Höhe von 13.604 € erstattet, eine gesonderte Vergütung erfolgte nicht. Für ehemalige Mitglieder des Vorstands wurden im Geschäftsjahr keine Beihilfen gezahlt.

Für ehemalige Geschäftsführer und Vorstände besteht eine Rückstellung für Übergangsgeld in Höhe von 328.633 €. Die Zahlungen für Übergangsgeld beliefen sich im Jahr 2025 auf insgesamt 167.814 €. Die mittelbare Pensionsverpflichtung ehemaliger Geschäftsführer und Vorstände beträgt 12.803.787 €.

Kredite an Organe der Gesellschaft

Es bestehen keine Kredite an Organe der Gesellschaft.

Für die aktiven Vorstände besteht zum 31. Dezember 2025 eine arbeitgeberfinanzierte Unterstützungskassenzusage in Höhe von 150.023 €. Zur Finanzierung dieser Pensionszusagen hat die GIZ GmbH im Jahr 2025 Zuwendungen in Höhe von 232.491 € an die Alte Leipziger Unterstützungskasse e. V. gezahlt.

Entsprechenserklärung von Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat und Vorstand erklären, dass den Regelungen und Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Bundes – mit Ausnahme der unter Ziff. III dargestellten Abweichungen – in der GIZ GmbH entsprochen wurde und entsprochen wird.

Bonn / Eschborn, den 26. Mai 2026

Der Vorstand

Thorsten Schäfer-Gümbel
Vorstandssprecher

Ingrid-Gabriela Hoven
Stellv. Vorstandssprecherin

Anna Sophie Herken
Vorstandsmitglied

Anlage zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2025

	Anschaffungskosten					Abschreibungen					Buchwerte		
	Vortrag zum 1.1.2025	Nachrichtlich* zuwendungs- finanziertes AV Zugänge	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2025	Vortrag zum 1.1.2025	Geschäftsjahr	Zuschrei- bungen	Abgänge	Stand am 31.12.2025	31.12.2025	31.12.2024
	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in €	in T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	11.414.424	0	345.757	0	2.497	11.757.684	9.585.431	998.159	0	2.497	10.581.092	1.176.591	1.829
2. Geleistete Anzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	11.414.424	0	345.757	0	2.497	11.757.684	9.585.431	998.159	0	2.497	10.581.092	1.176.591	1.829
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	391.235.990	0	78.069.640	173.910.073	0	643.215.703	116.910.141	10.672.618	0	0	127.582.759	515.632.943	274.326
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	72.668.849	198.392	5.759.540	0	741.121	77.687.268	49.737.376	7.625.564	0	647.967	56.714.973	20.972.296	22.931
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	173.910.073	0	0	-173.910.073	0	0	0	0	0	0	0	0	173.910
	637.814.911	198.392	83.829.179	0	741.121	720.902.969	166.647.517	18.298.182	0	647.967	184.297.732	536.605.239	471.167
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000	0	0	0	0	25.000	0	0	0	0	0	25.000	25
2. Beteiligungen	539.862	0	0	0	0	539.862	0	0	0	0	0	539.862	540
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	202.667.845	0	0	0	0	202.667.845	0	0	0	0	0	202.667.845	202.668
4. Sonstige Ausleihungen	86.208	0	0	0	27.848	58.361	8.107	0	0	0	8.107	50.254	78
	203.318.915	0	0	0	27.848	203.291.068	8.107	0	0	0	8.107	203.282.961	203.311
	852.548.251	198.392	84.174.936	0	771.466	935.951.721	176.241.055	19.296.340	0	650.464	194.886.931	741.064.792	676.307

* Die Anschaffungskosten wurden mit den Investitionszuschüssen verrechnet.
Es können Rundungsdifferenzen von +/- 1 € auftreten.

03

Bestätigungsvermerk
des Abschlussprüfers

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn/Eschborn

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn/Eschborn, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

→ entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und

→ vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) als nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse

so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 26. Mai 2026

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Marc Krizaj
Wirtschaftsprüfer

ppa. Claudia Burck
Wirtschaftsprüferin

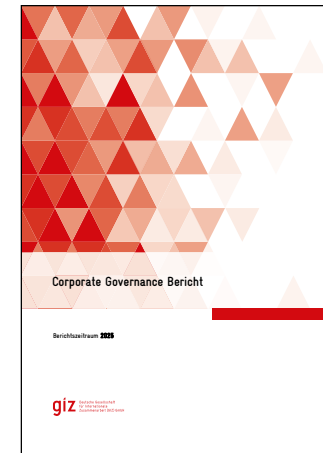


Weitere Berichtsformate der GIZ



Integrierter
Unternehmensbericht 2025

giz.de/unternehmensbericht-2025



Dokument zur
Corporate Governance



Dokument zur
unternehmerischen Nachhaltigkeit



Diese und weitere Publikationen zur
Berichterstattung der GIZ finden Sie unter:

giz.de/unternehmensbericht-2025/downloads

Impressum

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 32 + 36
53113 Bonn, Deutschland
T +49 228 44 60-0
F +49 228 44 60-17 66

E info@giz.de
I www.giz.de

Dag-Hammarskjöld-Weg 1–5
65760 Eschborn, Deutschland
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15

I [linkedin.com/company/gizgmbh](https://www.linkedin.com/company/gizgmbh)

Lektorat

textschriftmacher, Lübeck

Gestalterische Konzeption und Satz

3st kommunikation GmbH, Mainz

Die GIZ legt Wert auf sprachliche Gleichbehandlung. Wir verwenden eine Mischung unterschiedlicher Formen: neutrale Bezeichnungen, den Genderstern oder die männliche und weibliche Form nebeneinander.

Erscheinungstermin: Juli 2026